DIE STELLUNG
DER
PREUSSISCHEN KONSERVATIVEN
ZUR
ÄUSSEREN POLITIK
WÄHREND DES KRIMKRIEGES
(1853—1856)
(TEILDRUCK)

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
VEREINIGTEN FRIEDRICHS-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

VORGELEGT
VON

HEINRICH KUNAU
AUS SCHMIEDEBERG (KR. WITTENBERG)

HALLE (SAALE)
DRUCK VON EHRHARDT KARRAS G.M.B.H.
1914

DIE STELLUNG
DER
PREUSSISCHEN KONSERVATIVEN
ZUR
ÄUSSEREN POLITIK
WÄHREND DES KRIMKRIEGES
(1853—1856)
(TEILDRUCK)

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
VEREINIGTEN FRIEDRICHS-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

VORGELEGT
VON

HEINRICH KUNAU
AUS SCHMIEDEBERG (KR. WITTENBERG)

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

HALLE (SAALE)
DRUCK VON EHRHARDT KARRAS G.M.B.H.
1914

Referent: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Fester.

Mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät wird nur ein Teil der eingereichten Arbeit als Dissertation gedruckt. Vollständig erscheint sie als Heft 5 der

„Historischen Studien“

herausgegeben von Richard Fester (Verlag von Max Niemeyer in Halle a. S.).

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Verzeichnis der benutzten Literatur	V
Abkürzungen	VIII
Einleitung	1
Unsere Quellen	1—4
1. Kapitel. Vorurteile, mit denen die Konservativen an die Frage herantreten	5—24
Religiöse Einflüsse in der Politik	5—11
Die heilige Allianz	11—18
Die Politik der Interessen und Tendenzen	18—24
2. Kapitel. Die orientalische Frage	25—28
3. Kapitel. Stellung der Konservativen zu den einzelnen Mächten	29—63
Stellung zu Österreich, dem Tage von Olmütz, zu Rußland und zu Kaiser Nikolaus	29—43
Stellung zu Frankreich und dem Bonapartismus, zu England und der englisch-französischen Allianz	44—52
Stellung zur Türkei	52—57
Stellung zur Lage der unterworfenen Christen und zum Aufstand der epirotischen Griechen	57—63
4. Kapitel. Stellungnahme zum Krimkrieg. Neutralität. Stellung zum Vertrage vom 20. April 1854. Die Furcht vor der russisch-französischen Allianz, ihre Berechtigung und ihre Folgen.	
5. Kapitel. Die Konservativen und die Teilnahme Preußens an den Konferenzen.	
6. Kapitel. Die Konservativen und der Friedensschluß.	
7. Kapitel. Die Ansichten der Konservativen über die Regelung der orientalischen Frage.	
Schluß.	

Verzeichnis der benutzten Literatur.

1. Quellen.

a) Akten.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der preußischen Kammern 1853/54 und 1854/55.

Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach. Mit Genehmigung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Bismarck neu herausg. von Horst Kohl, Berlin 1896.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Erster Band. Stuttgart 1898 und die neue Ausgabe (besorgt von Horst Kohl), Stuttgart und Berlin 1913, beide nebeneinander zitiert, s. Abkürzungen.

Gerlach, Leopold von. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs. (Herausg. von seiner Tochter.) Berlin 1891/92.

Briefe des Generals Leopold von Gerlach an Otto von Bismarck. Herausg. von Horst Kohl, Stuttgart und Berlin 1912.

Gerlach, Ernst Ludwig von. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken. 1795—1877. Herausg. von Jakob von Gerlach. Bd. 2: 1848—1877. Schwerin 1903.

Jasmund, J. von. Aktenstücke zur orientalischen Frage. 2 Bde. Berlin 1855 u. 1856.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin von Manteuffel aus den Jahren 1850 und 1851, 1850—1852, 1852—1853 und aus der Zeit des Krimkrieges. Deutsche Revue 1913. Jahrg. 38, 1 und 38, 2.

Preußen im Bundestag 1851 bis 1859. Dokumente der Kgl. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft, herausg. von Dr. Ritter von Poschinger. Leipzig 1882.

Ranke, Leopold von. Zur eigenen Lebensgeschichte. Herausg. von Alfred Dove. Sämliche Werke Bd. 53 u. 54. Leipzig 1890. Politische Denkschrift aus der Zeit des Krimkrieges. (Mitte Dezember 1854.)

Salomon, Dr. Felix. Die deutschen Parteiprogramme. Heft 1: Von den letzten Zeiten des Deutschen Bundes bis zur Reichsgründung 1845—1871. Leipzig und Berlin, Teubner, 2. Aufl. 1912. Quellensammlung der deutschen Geschichte.

Wagener, Hermann. Erlebtes. Meine Memoiren aus der Zeit von 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt. 2. Aufl. Berlin 1884.

b) Zeitungen.

Politische Wochenschrift. Redigiert u. herausg. von Franz von Florencourt. Jahrg. 1854 u. 1855. Köln. (K. B.)

Evangelische Kirchenzeitung, Berlin. Jahrg. 1853—1856. (K.-B., außerdem U.-B. zu Breslau, Halle, Marburg, Bonn, Göttingen, Kiel, Greifswald und Königsberg.)

Neue Preußische (-Kreuz-) Zeitung. Jahrg. 1853—1856. (K. B.)

Ostpreußische Zeitung, Königsberg. Jahrg. 1853—1856. (U.-B. u. Stadt-B. Königsberg.)

Konservative Zeitung für Schlesien, Breslau. Jahrg. 1853. (Stadt-B. Breslau.)

Volksblatt für Stadt und Land zur Belehrung und Unterhaltung von Philipp Nathusius-Halle a. S. Jahrg. 1853—1856. (U.-B. Halle.)

Deutsche Volkshalle, Köln. Jahrg. 1853 u. 1854. (K. B.)

c) Flugschriften.

Bernhard, Friedrich Ludwig, Frh. von. Die wahre Grundlage des europäischen Friedens in bezug auf die orientalische Angelegenheit. Augsburg 1854. (U.-B. Göttingen.)

Bossard, Heinrich. Psychologische Charakteristik des Kaisers von Rußland Nikolaus I. Berlin, am 15. Mai 1854. (Stadt-B. Hamburg.)

Goedsche, Hermann. Die Russen nach Konstantinopel! Berlin 1854. (K. B.)

Moltke, Graf Magnus. Einige Worte über die Teilnahme Preußens an den Friedenskonferenzen. Anfang Februar 1856. Hamburg 1856. (U.-B. Halle.)

Sander, Immanuel Friedrich Emil. Die Katastrophe im Orient und ihre Rückwirkung auf den Occident. Berlin 1855. (K. B.)

Kann Preußen fernerhin neutral bleiben? 3. Aufl. Leipzig 1854. (U.-B. Königsberg u. Halle.)

Die Isolierung: Nondum meridies. Berlin 1855. (K. B. u. U.-B. Breslau.)

Der Kampf um die freie Hand. Nondum meridies. Berlin 1855. (K. B. u. U.-B. Göttingen u. Breslau.)

Warum müssen wir neutral bleiben? Ein Wort zur Orientierung über diese Frage und zugleich als Abwehr gegen die Angriffe der englischen Presse. Berlin 1854. (K. B. Berlin.)

2. Bearbeitungen.

Augst, Richard. Bismarck und Leopold von Gerlach, ihre persönlichen Beziehungen und deren Zusammenhang mit ihren politischen Anschauungen. Leipzig 1913.

Busch, Prof. Dr. Wilh. Bismarck und die politischen Anschauungen in Deutschland von 1847—1862. Akademische Antrittsrede, gehalten in Tübingen am 12. November 1896. Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

Frahm, F. Bismarcks Stellung zu Frankreich bis zum 14. Juli 1866. Diss. Kiel 1911.

Friedjung, Heinrich. Der Krimkrieg und die österreichische Politik. 2. Aufl. Stuttgart 1910.

Keyserling, Leonie von. Studien zu den Entwicklungsjahren der Brüder Gerlach. Mit Briefen Leopolds von Gerlach und seiner Brüder an Karl Sieveking. Heidelberger Abhandlungen. Heft 36. Heidelberg 1913.

Kohl, Horst. Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Leipzig 1899.

Kropatscheck, Dr. Gerhard. Friedrich Julius Stahl. Vortrag, gehalten im konservativen Verein zu Frankfurt a. M. Berlin 1911.

Maurenbrecher, Wilhelm. Geschichte der Orientalischen Frage. Deutsche Revue 1900. Jahrg. 25, 2.

Meinecke, Friedrich. Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. 2. Aufl. München und Berlin 1911.

— Gerlach und Bismarck. Historische Zeitschrift 72.

Meisner, Heinrich O. Die Lehre vom monarchischen Prinzip im Zeitalter der Restauration und des deutschen Bundes. Breslau 1913. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. Herausg. von Otto von Gierke. Heft 122.

Pahncke, Robert. Die Parallelerzählungen Bismarcks zu seinen Gedanken und Erinnerungen. Halle 1914. Historische Studien. Herausg. von Richard Fester Heft 3.

Petersdorff, Hermann von. König Friedrich Wilhelm der Vierte. Stuttgart 1900.

Sybel, Heinrich von. Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. München und Leipzig 1889. Bd. 2.

Abkürzungen.

D.	= Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds von Gerlach.
GaB.	= Briefe des Generals Leopold von Gerlach an Otto von Bismarck.
BaG.	= Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach.
Brw.	= Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit dem Bundestagsgesandten Otto von Bismarck.
G. u. E.	= Bismarck, Gedanken und Erinnerungen.
N. A.	= Neue Ausgabe (G. u. E.).
D. R.	= Deutsche Revue.
Krzztg.	= Neue Preußische (-Kreuz-) Zeitung.
V. f. St. u. L.	= Volksblatt für Stadt und Land.
E. K.	= Evangelische Kirchenzeitung.
O. Z.	= Ostpreußische Zeitung.
Ltart.	= Leitartikel.
Rdschau.	= Rundschau (Krzztg.).
Kriegsschauplatz	= Diplomatischer und militärischer Kriegsschauplatz (Krzztg.).
G. M.	= Geschichtlicher Monatsbericht (V. f. St. u. L.).
Sp.	= Spalte.

Einleitung.

„Verabsäume nicht die Eintracht unter den europäischen Mächten, so viel in Deinen Kräften, zu fördern; vor allem aber mögen Preußen, Rußland und Österreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten“ schreibt Friedrich Wilhelm III. in seinem Testament vom 1. Dezember 1827[1] und legt damit seinem Sohne die Eintracht der drei Ostmächte ans Herz.

Auch die Konservativen sahen in dem Testament des verstorbenen Königs das Hauptziel ihrer preußischen Politik angegeben, bis die Ereignisse der Jahre 1853—56 an sie die Frage stellten, ob sie, unter veränderten Umständen, während des Krimkrieges nach diesem Satz Politik treiben wollten.

Unsere Quellen.

Ganz erschöpfend läßt sich die Frage noch nicht behandeln, d. h. wir sehen nicht genau alle kleinen Einzelströmungen innerhalb der großen Partei und der großen Masse ihrer Anhänger. Dazu ist das Material zu lückenhaft, und die Quellen fließen zu spärlich. Es wäre zu wünschen, daß die Archive der Land-

[1] Das Testament Friedrich Wilhelms III. wurde am Tage nach seinem Tode, am 8. Juni 1840, im engeren Kreise der königlichen Familie geöffnet, und auf Befehl Friedrich Wilhelms IV. vom 12. Juni 1840 (nach der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“ auf Befehl vom 17. Juni 1840) wurden zwei Abschnitte daraus Nr. I „Mein letzter Wille“, Nr. II „Auf Dich, meinen lieben Fritz“ in Nr. 169 der „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“ vom 19. Juni 1840 veröffentlicht. Obiges Zitat stammt aus Nr. II. Vgl. „Die vier ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. oder Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. vom 7. Juni 1840 bis zum 26. Juli 1844“. Heft 1 vom 7. Juni 1840 bis zum 18. Oktober 1842. Königsberg 1843/45, S. 3 — Heinrich von Treitschke „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ 5, 30.

edelleute zu solchen Arbeiten herangezogen werden dürften, besonders die Archive und Briefsammlungen derjenigen Geschlechter, deren Mitglieder zu jener Zeit in einer der beiden preußischen Kammern saßen. Die Hauptströmungen, wie sie besonders im öffentlichen Leben hervortraten, können wir dagegen verfolgen.

Unsere Quellen sind neben dem Briefwechsel Leopolds von Gerlach, Bismarcks und des Grafen Hugo zu Münster[1] die amtlichen Briefe und Berichte Bismarcks, die Tagebücher und Aufzeichnungen der Gebrüder Gerlach, besonders die Denkwürdigkeiten Leopolds, des General-Adjutanten Friedrich Wilhelms IV. Sodann die Parlamentsreden[2] in den beiden preußischen Kammern und die Presse. An ihrer Spitze die „Neue Preußische (-Kreuz-) Zeitung".

Aus der Anzahl der konservativen Zeitungen hebe ich als die bemerkenswerteste hervor das „Volksblatt für Stadt und Land zur Belehrung und Unterhaltung" von Philipp Nathusius. Es steht der Kreuzzeitung am nächsten; es vertritt vor allem die religiös-christliche Richtung der Konservativen mit einem Einschlag in den Pietismus. Die Pastoren der Provinz Sachsen stellen den größten Teil seiner Leser. Obgleich Provinzblatt, ist es ein selbständiges Blatt. Es nimmt eine vollkommen einheitliche Stellung ein, während eine so große Zeitung wie die „Kreuzzeitung" mit ihren vielen Mitarbeitern mehrere Strömungen vereinigt.

Der Hauptmitarbeiter ist der Hallenser Historiker Heinrich Leo. Er ist nach einer Notiz in der „Kreuzzeitung„ vom 17. Juni

---

[1] Graf Hugo zu Münster, der 1880 als General der Kavallerie in Hannover starb, war damals als Major und Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. preußischer Militärbevollmächtigter am russischen Hofe. Seine Briefe sind an seinen Freund, Edwin von Manteuffel, den späteren Generalfeldmarschall, gerichtet.

[2] Neben den beiden Reden Ernst Ludwigs von Gerlach vom 8. April 1854 und vom 21. März 1855 in dem Hause der Abgeordneten ist besonders die Rede, die Friedrich Julius Stahl in der ersten preußischen Kammer am 25. April 1854 hielt, von Bedeutung. Sie machte die Runde durch alle konservativen Zeitungen, wurde einzeln gedruckt, und noch lange Zeit setzten sich die konservativen Zeitungen, zustimmend, mit ihr auseinander. Das „Volksblatt für Stadt und Land" nennt sie am 13. Mai 1854 ein Ereignis von europäischer Bedeutung. Ich zitiere nur aus Stahls Rede, nicht aus den vielen sie erläuternden Zeitungsartikeln mit gleicher politischer Richtung.

1854 der Verfasser der „Geschichtlichen Monatsberichte“. Heinrich Leo[1] schlägt mit diesen die Brücke zu der bekannten Rundschau Ernst Ludwigs von Gerlach in der „Kreuzzeitung„ und zur „Evangelischen Kirchenzeitung“.

Außer diesen führenden Zeitungen kommen noch in Betracht:[2] Die „Konservative Zeitung für Schlesien“,[3] und die „Ostpreußische Zeitung“.[4] Als nichtpreußische Zeitungen mit streng konservativer Richtung wären die „Pfälzer Zeitung“, Speyer (K.-B.-Hof- und Staatsbibliothek München) und der „Norddeutsche Korrespondent“, Schwerin (Großh. Universitäts-Bibliothek Rostock i. M.) zu nennen.

Die katholisch-konservative Richtung vertraten, beide unter der Leitung Franz von Florencourts,[5] die „Deutsche Volkshalle“ und die „Politische Wochenschrift“ in Köln.

---

[1] Vgl. Heinrich von Treitschke „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ 4, 473. Kraus in der Konserv. Monatsschrift 50—51. Eduard Fueter in seiner „Geschichte der neueren Historiographie“ (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte. Herausg. v. G. v. Below und F. Meinecke). München und Berlin 1911, S. 451 und 452.

[2] Des öfteren werden noch als konservative Zeitungen erwähnt: „Der Rheinische Beobachter“ und die „Patriotische Zeitung“, Minden. Sie sind aber in den größeren Bibliotheken mit Austauschverkehr nicht vorhanden. Als konservative Zeitung wurde in einem Inserat vom 1. Juli 1854 im V. f. St. u. L. auch die „Norddeutsche Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“, Stettin (Stadtbibliothek Stettin) erwähnt. Ich habe sie aber trotzdem nicht für die Charakterisierung der konservativen Richtung herangezogen; denn sie fußt vornehmlich auf liberalen Zeitungen, z. B. der „Nationalzeitung“, der „Weser Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“, und polemisiert hauptsächlich gegen die Kreuzzeitung. Von dieser übernimmt sie im allgemeinen nur die Nachrichten über „Hof und Gesellschaft“.

[3] Die „Konservative Zeitung für Schlesien“, Breslau (Stadtbibliothek Breslau) erscheint seit dem 30. Juni 1853 nicht mehr, sie kommt also nur für einen ganz kurzen Zeitraum in Betracht. Sie geht nach $1^1/_2$ jährigem Bestehen ein wegen nicht ausreichender Teilnahme und aus Mangel an publizistischen Kräften.

[4] Die „Ostpreußische Zeitung“ steht den pietistisch gestimmten Blättern, dem „Volksblatt für Stadt und Land“ und der „Evangelischen Kirchenzeitung“, fern. Sie betont mehr als die „Kreuzzeitung“ die realpolitischen Gesichtspunkte.

[5] Vgl. die „Allgemeine deutsche Biographie“ 48, 594. Franz Chassot von Florencourt stammte aus einer normannischen Familie. Er war bis 1851 protestantisch und leitete vom 12. April 1848 bis zum 31. August 1849 zusammen mit Ahlfeld, Jahn und Tholuck das „Volksblatt für Stadt und Land“. Am 15. Juli 1849 gründete er den „Norddeutschen Korrespondenten“;

Endlich kommen noch einige Flugschriften und Broschüren in Betracht.

Auf Grund dieser Quellen sollen die Anschauungen der damaligen Konservativen über die auswärtige Politik, die Vorurteile, mit denen sie an die Fragen herantreten, und die Hauptzüge ihrer Weltanschauung, soweit sie hier von Einfluß sind, dargelegt werden.

---

dieser sollte „ein Organ, ein Führer, ein Vereinigspunkt für die in Norddeutschland bis jetzt noch vereinzelt und zersplittert dastehende konservative Partei“ sein. 1851 trat Florencourt zum Katholizismus über, blieb aber seiner Partei getreu. Er wurde dann in Wien der Korrespondent für die großdeutsche, katholische „Deutsche Volkshalle“, Köln und später ihr Redakteur. Florencourt bewahrte sich aber sein preußisches, stolzes Staats- und Großmachtsbewußtsein. Die Mehrzahl der Aktionäre war mit seiner Politik in der orientalischen Frage nicht zufrieden. Der Vertrag wurde ihm gekündigt, und mit Mai 1854 geht die „Deutsche Volkshalle“ in das westmächtliche liberale Lager über. Mit dem Rücktritt Florencourts sagten sich folgende Herren von der „Deutschen Volkshalle“ los (Krzztg. 16. Juni 1854): Cajus Graf zu Stolberg-Stolberg; Frhr. v. Ketteler zu Harkotten; Graf Karl von Merveldt; R. Graf Schaesberg; A. Graf von Spee; Ferd. Graf Schmising-Kerßenbrock; Felix Frhr. v. Loë; Frhr. F. v. Geyer-Müddersheim; Friedr. Frhr. v. Schorlemer; Dr. Friedr. Maßen; Ferd. Graf Spee; Fr. Graf zu Hoensbroech. Florencourt gründete nun die „Politische Wochenschrift“, die vom 15. August 1854 ab erschien, Ende März 1855 aber wegen zu geringer Abonnentenzahl eingehen mußte.

1. Kapitel.

Vorurteile, mit denen die Konservativen an die Frage herantreten.

Religiöse Einflüsse in der Politik.

Die Weltanschauung der Konservativen war die christliche. Tief innerlich durchdrungen von den Lehren des Christentums und der Allmacht Gottes sahen sie die Lehren der Bibel als das Höchste an. Ihr entnahmen sie die Normen ihres Privatlebens, der Politik und der Diplomatie.

Die Geschichte war ihnen nicht eine regellose Summe von Zufällen und Ereignissen, sondern ein höherer Weltzweck,[1] dem alles zustrebt unter der Führung Gottes. Sie sahen in der Geschichte das Gericht und das Walten[1] des ewigen und lebendigen Gottes, „eine große Schule Gottes für die Menschheit".[2] Haben sich einmal die Völker schwer vergangen und versündigt, so folgt die Strafe, entweder gleich oder später, aber sie folgt, und durch tiefe Demütigungen und oft durch die Tränen ihrer eigenen Kinder führt Gott die Völker zu sich zurück; denn vornehmlich der Krieg ist „in gewissem und prägnanten Sinne ein Gottesgericht".[3]

---

[1] Politische Wochenschrift 1, 13 S. 427.

[2] Krzztg 20. 6. 1854.

[3] Janus, Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung und Tat. Herausgeg. von O. A. Huber. Erstes Heft. Berlin 1845. „Was wir wollen". Abgedruckt in F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme. E. K. 1855, Sp. 3: Der Krieg „Die furchtbarste Geißel, wodurch die Rache des Himmels über die abtrünnige Erde ergeht". Ein solch demütigendes Ereignis müsse die ganze Christenheit auf Erden veranlassen, einen Bußtag zu veranstalten. E. K. 1855, Sp. 5. — Richt. 20, 23. Gottesgerichte sahen sie ebenfalls in Hungersnöten, Pestilenz (E. K. 1856, Sp. 1) und in diplomatischen Niederlagen, so den Tag von Olmütz (s. u.).

Dem entsprechend faßten die Konservativen die Ereignisse des Krimkrieges als eine Fügung Gottes auf[1] und empfanden das Wüten der Cholera im englischen und französischen Heerlager als ein Werk des Würgeengels Gottes, als Strafe dafür, daß die Westmächte die Integrität der Türkei aufrecht erhalten wollten.[2]

Die Konservativen übertrugen auch die Lehren der Bibel und der christlichen Ethik vom Handeln des Einzelnen im Privatleben auf die Tätigkeit der Diplomaten und auf den Verkehr der einzelnen Völker unter- und miteinander. Die Naivität mit der sie in ihrer Unerfahrenheit in der äußeren Politik derartige Fragen behandelten, erklärt sich daraus, daß bis dahin die äußere Politik lediglich Kabinettspolitik war, und daß man zu ihr keine Stellung nahm, geschweige denn Kritik an ihr übte. Eine „öffentliche Meinung", wie wir sie jetzt kennen, und mit der die Staatsmänner rechnen müssen, hatte es im vormärzlichen Preußen nicht gegeben.

So stellten sie eine Forderung auf, die in der Theorie ebenso wie die Idee vom ewigen Frieden sich sehr gut ausnimmt, sich aber in der Wirklichkeit kaum ganz erreichen lassen wird. Es wäre wohl ein idealer Zustand, wenn es auch in der Diplomatie hieße: „Ein Mann, ein Wort", aber oft verlangen die Interessen eines Volkes etwas Anderes vom Staatsmann, als ihm die Ethik vorschreibt; Gewalt muß oft vor Recht gehen, auch auf die Gefahr hin, daß das Gewissen einzelner — im Interesse des ganzen Volkes — belastet würde.[3]

Die jesuitische Maxime: „Der Zweck heiligt die Mittel" verwarfen die Konservativen ebenso wie für das Privatleben auch für die Diplomatie und die Politik. In den Tagen, als Bismarck vorschlägt, Österreich mit einer französisch-preußischen Allianz zu schrecken, schreibt ihm Leopold von Gerlach am 24. Oktober 1854:[4] „Ich möchte daher doch an die Vorschrift des Apostels erinnern, der vor denen warnt, die Böses tun, damit Gutes daraus

---

[1] Itzenplitz in der ersten Kammer am 25. April 1854; E. K. 1855, Sp. 9.

[2] Politische Wochenschrift 1, S. 303; E. K. 1855, Sp. 1 ff. beruft sich auf Jerem. 24, 10; Ez. 6, 11; 12, 16; 14, 21.

[3] Vgl. darüber Heinrich von Treitschke in seinem Aufsatz „Cavour". Historische und politische Aufsätze 2, 365.

[4] GaB. S. 116; ähnlich S. 118, 123 und 126 nach Römer 3, 8.

werde, und hinzufügt, denn solcher Verdammnis ist gewiß". Diese Ansicht spricht Leopold schon 1832 aus.[1] Und als der König einmal sagt, „es sei nicht passend, Österreich zu drohen, da man keinenfalls aus dieser Drohung Ernst machen würde", stimmt Gerlach ihm zu.[2] Auch Dr. Sander, Superintendent und zweiter Direktor des Predigerseminars in Wittenberg,[3] meinte,[4] „viele Diplomaten billigen bald stille, bald laut: dem Staatswohl darf die Moral zum Opfer gebracht werden. Die heilige Schrift spricht freilich anders: Durch Gerechtigkeit wird der Thron befestigt — Gerechtigkeit erhöhet ein Volk, aber der Schimpf der Völker ist die Sünde (Sprüche Salom. 14, 34)". Ernst Ludwig von Gerlach schrieb noch am 8. Mai 1866 in die „Kreuzzeitung":[5] „Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfaßten Gottes heilige Gebote nicht auch die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges und als hätten diese Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus."[6] Auch bei dem *†*-Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", der sich, wie wir unten sehen werden, zu einer gewissen Realpolitik aufgeschwungen hat, finden wir das Abweisen des Jesuitischen in der Politik, das Recht muß nach ihm doch höher stehen als die Interessen.[7]

Ein Anderes, was die Realpolitik nicht billigt, ist die Forderung, daß die Politik der Religion und der Kirche diene; unsere evangelische Kirche, im Gegensatz zur katholischen, will es auch nicht. Heute dient die Politik nur dem Staatswohl und nicht einer besonderen Religion oder Konfession. Damals aber

---

[1] D. 1, 65. [2] D. 2, 172.

[3] Vgl. Krzztg. 1. 6. 1855 unter „Deutschland". [4] S. 5.

[5] Krieg und Bundesreform. Vom Verfasser der Rundschauen. Separat-Abdruck aus der Neuen Preußischen Zeitung Berlin (F. Heinicke) 1866. Abgedruckt im Bismarck-Jahrbuch 4, 175.

[6] Und an anderer Stelle (Krzztg. 30. 6. 1853. Rdschau. im Juni) verlangt E. L. von Gerlach, Preußen solle ein „evangelischer" Staat sein, d. h. ein Staat, der allezeit willig und fertig ist, also „sein Tun und Sein an der Urnorm des Evangeliums zu messen". Auch das „Volksblatt für Stadt und Land" und Franz v. Florencourt verlangen, daß die Handlungsweise der Völker und Staaten mit christlichem und sittlichem Maß gemessen werde. Politische Wochenschrift 1, 245.

[7] „Das Verhalten eines Staates kann lediglich durch die wohlverstandenen Interessen desselben bedingt sein, natürlich nur soweit ihnen das Recht zur Seite steht". Krzztg. 8. 3. 1854. Ltart.; ähnlich Krzztg. 1. 4. 1856. Ltart.

glaubten die Konservativen, daß die kirchlichen Motive immer mehr in den Vordergrund treten und schließlich die ganze Politik beherrschen würden. Ernst Ludwig von Gerlach schreibt am 30. Juni 1853 in der Juni-Rundschau der „Kreuzzeitung“: „Das 19. Jahrhundert steht ganz unter dem Zeichen der Kirche. Der handgreiflichsten Erfahrung im Angesicht hört man nicht auf, die Unwahrheit zu behaupten, daß in unsern Tagen die materiellen Interessen die Weltbegebenheiten bestimmen“.

Natürlich gingen die Konservativen nicht so weit, zu verlangen, daß die Politik nur der Religion diene; sie darf selbstverständlich auch staatlichen Interessen dienen, aber immer wieder stehen die kirchlichen Interessen im Vordergrund: „Man treibe Politik der Politik willen; aber man treibe auch die Politik, die die Religion erfordert und halte die höchsten Güter eines Volkes für die wichtigsten“.[1] Ja, einige lassen es sogar geschehen, daß die Religionszwecke nur einen Deckmantel bilden für selbstsüchtige Staatsinteressen, wenn nur ein Erfolg für die Religion dabei abfällt. Allein auf die Folgen kommt es ihnen an; denn auch bei Konstantin, bei Chlodwig, bei Karl dem Großen und bei den protestantischen Fürsten zur Zeit der Reformation hätten die politischen Motive im Vordergrund gestanden: „. . . Die Motive sind verflogen, die Tatsachen und deren Konsequenzen sind geblieben“.[2] So wären sie denn auch nicht unwillig gewesen, selbst wenn sie klar erkannt hätten, daß Rußland in der orientalischen Frage auch politische Zwecke hätte:[3] „Es ist wahr, daß die gemeinen Sünden der Menschen mitspielen in allen Weltbegebenheiten. Aber sie sind, zum Guten und Bösen, im Dienste höherer übermenschlicher Mächte. ‚Nicht mit Fleisch und Blut allein‘ zu kämpfen, war der Apostel sich bewußt . . . Auch die Intrigue, auch der selbstsüchtigste Intrigant ist ein Werkzeug — oft ein blindes Werkzeug — von Gewalten hoch über ihm. Schon daß die Interessen der Kirche als Vorwand brauchbar sind, ist ein bedeutsames Zeichen der Zeit. ‚Die Heuchelei‘ — sagt Voltaire — ‚ist ein Tribut, den das Laster der Tugend bringt‘.“

Nach der konservativen Anschauung ist das Ziel aller menschlichen Entwicklung ein kirchlich-religiöses. „Die Einheit

---

[1] Krzztg. 7. 6. 1853. [2] Krzztg. 4. 6. 1853.
[3] Krzztg. 30. 6. 1853, Juni-Rdschau.

der gesamten Kirche Gottes ist das erhabene Ziel, welchem die Entwicklungen der Welt entgegeneilen" sagt E. Ludwig v. Gerlach in der Juni-Rundschau der „Kreuzzeitung" am 30. Juni 1853.

Während Luther nur eine unsichtbare allgemeine Kirche aufstellt, an die man glauben muß, denken sie an eine sichtbare Kirche. Bei Ernst Ludwig von Gerlach finden wir allerdings einmal[1] betont, „daß Christi Königreich nicht von dieser Welt ist, obwohl mitten in dieser Welt". Aber dies ist wohl nicht mehr als eine Erinnerung an einen Bibelspruch.[2] Die heilige Allianz ist für Gerlach das sichtbare[3] Reich Gottes. Wie Leonie von Keyserling erzählt,[4] hatten die Gerlachs schon in ihren Entwicklungsjahren, also bis etwa 1820, dieselbe Auffassung vom Reiche Gottes, so zwar daß Ernst Ludwig es verwirklichen wollte.

Im Rahmen dieser einen allgemeinen christlichen Kirche sehen sie nicht nur die römisch-katholische Kirche „als eine christliche, als eine wichtige, relativ berechtigte, notwendige, erfreuliche und würdige Seite der Entwicklung des christlichen Lebens" an und lassen sich ihre Erhaltung, Herstellung und Entwicklung innerhalb ihrer Grenzen gar wohl gefallen,[5] sondern halten auch die griechisch-katholische Kirche für vollkommen gleichberechtigt. Sie geben allerdings auch zu, daß sie hinter der abendländischen, der katholischen sowohl wie der protestantischen, an Leben, Tiefe, Erweckung nachstehe[6]. „Dennoch bleibt sie immer" sagt Stahl „eine christliche Kirche und gewährt Millionen von Menschen die Segnungen, welche einmal untrennbar an Glaube und Taufe gebunden sind . . . Ich kenne keinen Unterschied eines griechischen und lateinischen Kreuzes, dem dann die Protestanten noch ein germanisches Kreuz zufügen

---

[1] Krzztg. 20. 4. 1854, Oster-Rdschau.

[2] Joh. 18, 36.

[3] Das „Volksblatt für Stadt und Land", das in dieser Frage von der „Idee der Christenheit" spricht, schreibt von ihr, daß sie ewig ist und „wie jede Idee nach einem Leibe verlangt;" 10. 11. 1855.

[4] S. 114 und 115.

[5] Salomon a. a. O. S. 6.

[6] Stahl am 25. April 1854 in der ersten Kammer. E. K. 20. 5. 1854, Sp. 400 sagt, daß „selbst ein geistig stagnierender, aber doch christlich basierter Zustand dieser Länder vorzuziehen ist dem mehr als heidnischen Mohammedanismus der Türken" und stimmt darin mit G. L. Grafen Fiquelmont („Die religiöse Seite der orientalischen Frage" Wien 1854) überein.

würden, ich kenne nur ein Kreuz, das ist das ewige Kreuz, das da auf Golgatha steht!“ Ernst Ludwig von Gerlach schreibt in seiner Juni-Rundschau der „Kreuzzeitung“ (30. Juni 1853): „Die Einheit der gesamten Kirche Gottes ist das erhabene Ziel, welchem die Entwicklungen der Welt entgegeneilen. Dieses Ziel steht wohl weit hinter dem Jahre 1900. Aber dennoch fängt es an, am äußersten Horizonte der Zeit dem Auge des Glaubens sichtbar zu werden. Wer nun nach diesem Ziele in echt katholischem[1] Geiste sich ausstreckt, wie wichtig muß dem jene uralte Hälfte der christlichen Kirche, die morgenländische, erscheinen. Sie hält fest, — fester zum Teil als die römische Kirche — an der Ur-Tradition, und ist gewiß noch voll von Geistesfunken, die wir nicht sehen. Aber seit nun fast einem Jahrtausend ist sie außer Verbindung mit Rom und mit uns, die wir, der kirchlichen Abstammung nach, auch Lateiner sind, und die wir, unserm geistlichen Berufe nach, Werkzeuge einer allumfassenden Katholizität sein sollten, doch weit, erschreckend weit, sind wir noch entfernt, diesen unsern heiligen Beruf auch nur zu erkennen“.

Gerade diese Gemeinsamkeit der drei christlichen Bekenntnisse[2] betonen die Konservativen gegenüber denen, die im Krimkrieg einen Kampf der allein seligmachenden katholischen Kirche gegen die stagnierende, schismatische, intolerante Kirche sehen, also gegenüber dem katholischen Klerus, an seiner Spitze dem Erzbischof Sibour von Paris, Zeitungen wie dem „Univers“, der „Deutschen Volkshalle“ (nachdem Franz v. Florencourt die Redaktion niedergelegt hat),[3] der „Frankfurter Postzeitung“ und gegenüber Reichensperger und seiner Partei, die das Kreuz Christi vergessen und ein lateinisches Kreuz gegenüber dem griechischen aufpflanzen.[4] Auch einige Wiener Zeitungen ver-

[1] Wenn die Konservativen und besonders Ernst Ludwig von Gerlach von der „Katholizität“ der Kirche und von „katholisch“ reden, so meinen sie häufig den wörtlichen Sinn: allumfassende Kirche; und ebenso gebraucht E. L. von Gerlach einmal den Ausdruck „evangelisch“ in der Bedeutung: auf dem Evangelium fußend. Krzztg. 30. 6. 1853, Rdschau. im Juni. S. o. S. 7 Anm. 6.

[2] E. K. 1854, Sp. 920 ff., 929 ff., 937 ff. bes. 943: „Die Einheit der Kirche und ihre Gegensätze“ von C. F. G.

[3] Für die Zeit solange Florencourt noch die Zeitung redigiert, siehe z. B. V. f. St. u. L. 22. 3. 1854.

[4] V. f. St. u. L. 22. 3. 1854; 7. 6. 1854 und Krzztg. 20. 4. 1854 Oster-Rdschau.

langen, daß Österreich „für die Kirche des Abendlandes gegen das verderbte Christentum des Photius eintrete.“[1] Die Konservativen dagegen verlangen im Hinblick auf die Katholizität der Kirche, daß der Unterschied der Einzelbekenntnisse aufhören müsse.[2]

Wie sich die Konservativen etwa die Erfüllung ihrer Wünsche der Herstellung einer katholischen Kirche dachten, sagten sie nicht direkt, man kann es nur erschließen. Aus der ersten programmatischen Kundgebung der preußisch-konservativen Partei im Janus vom Jahre 1845 geht hervor, daß sie an eine Vereinigung mit der katholischen Kirche nicht entfernt dachten.[3] Einen sicheren Anhaltspunkt kann ihre Auffassung der heiligen Allianz geben. Danach sehen sie in der einen allgemeinen christlichen Kirche nicht eine Vereinigung aller christlichen Konfessionen, sondern einen weiteren Bund der Bekenntnisse.

Die heilige Allianz.

Die „heilige Allianz“ läßt sich nicht mit dem „Dreibund“ oder „Dreiverband“ vergleichen. Sie hat im Sinne einer Allianz nie bestanden, sondern entsprach etwa der heutigen Haager Konferenz,[4] auch ähnelte sie dem System der concordia, das die Söhne Ludwigs des Frommen vor und nach 843 proklamiert haben.[5]

Erwachsen ist sie allerdings auf dem Boden einer Allianz. Am 1. März 1814 schlossen die Krieg führenden Mächte Öster-

---

[1] V. f. St. u. L. 7. 6. 1854; ebenda: Der Haß gegen das griechische Bekenntnis ginge soweit, daß die griechischen Katholiken aus der Türkei ausgewiesen würden, die römisch katholischen Christen aber bleiben dürften.

[2] V. f. St. u. L. 22. 3. 1854 abgedruckt auch Krzztg. 20. 4. 1854 Oster-Rdschau.

[3] Salomon a. a. O. S. 7.

[4] Eine Untersuchung über den Charakter der heiligen Allianz fehlt noch. Über ihre Verwechslung mit der Allianz der Mächte A. Stern, Geschichte Europas 1_2, 40 u. 56. Außerdem H. von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 1, 789; Meisner S. 110 ff. Graf Nesselrode, Lettres et papiers Paris 1904 ff. Mühlenbeck, Études sur les origines de la Sainte-Alliance Paris 1887.

[5] Vgl. Kleinclauß, L'Empire Carolingien. Ses origines et ses transformations. Paris 1902.

reich, Rußland, Preußen und England in Chaumont[1] ein Offensiv- und Defensivbündnis auf zwanzig Jahre ab, um das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.[2] Am 25. März 1815 wurde das Bündnis von Chaumont erneuert, nachdem vorher die Achterklärung über Napoleon ausgesprochen war. Im März 1815 traten ihm die meisten europäischen Mächte bei.[3]

Schon dadurch, daß das Bündnis nur gegen Bonaparte, nicht gegen Frankreich, gerichtet war, war es völkerrechtlich unklar, sein substantieller Charakter wurde aber durch die Stiftung der heiligen Allianz stark vermindert.

Diese wurde am 26. November 1815 in Paris abgeschlossen.[4] In dem romantischen Sinne ihres Stifters Alexander I, der sie unter dem Einfluß einer Schrift des Philosophen Baader[5] und unter der persönlichen Einwirkung der Frau von Krüdener[6] entwarf, ist sie eine Vorläuferin der heutigen Bestrebungen internationaler Verständigung. Die drei Monarchen (von Preußen, Österreich und Rußland) erklärten, daß sie durch die Bande einer unauflöslichen Brüderlichkeit verbunden als Familienhäupter ihre Untertanen im Geiste der Brüderlichkeit regieren wollten, um die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit zu schützen. Die Regierungen sollten sich gegenseitig Dienste leisten und sich als Mitglieder einer und derselben christlichen Nation betrachten. Die Fürsten selbst sollten sich nur als die Beauftragten der Vorsehung ansehen, um drei Zweige ein und derselben Familie zu regieren, die christliche Nation aber habe keinen anderen Souverän als Gott und Christum.

---

[1] Nw. von Langres an der Marne.

[2] Klüber, Akten 1, 1 ff.

[3] v. Martens, Recueil des traités 3 und 7.

[4] Die Stiftungsurkunde vom 14.—26. September 1815 ist abgedruckt bei Ch. Martens, Recueil manuel et pratique de traités, conventions et autres actes diplomatiques. Leipzig 1846. 3, 202 und Staatsakten für Geschichte und öffentliches Recht des Bundes (Corpus Juris Confoederationis Germanicae) von Philipp Anton Guido von Meyer, Frankfurt a. M. 1833, 2. Aufl. S. 221 ff., Nr. XI.

[5] Franz Xaver von Baader, 1756—1841, Katholischer Philosoph, Oberbergrat, dann Professor für Philosophie und spekulative Theologie in München. Vgl. über ihn Falckenberg, Gesch. der neueren Philosophie S. 391 ff.

[6] Juliane von Krüdener, Witwe eines livländischen Barons, der russischer Gesandter in Venedig gewesen war. Durch Vermittlung der Fürstin Sturdza näherte sie sich dem Kaiser, und war dann seine Vertraute geworden.

Alexander I von Rußland drückt den Zweck der heiligen Allianz mit folgenden Worten aus:[1] „Par cette alliance nous nous engageons mutuellement à adopter dans nos relations, soit entre nous, soit pour nos sujets, dans la parole et la doctrine de notre sauveur J.-Ch. qui a enseigné aux hommes qu'ils devoient vivre comme frères, non dans des dispositions d'inimitié et de vengeance, mais dans un esprit de paix et de charité".

Die drei Mächte Preußen, Österreich und Rußland blieben auch fernerhin der Kern der heiligen Allianz, als die übrigen Mächte mit Ausnahme Englands, der Türkei und des Papstes ihr beigetreten waren. Im allgemeinen verstand man später unter der „heiligen Allianz" nur die Vereinigung der drei Monarchen vom 26. November 1815.

Durch den Zusammenschluß der Mehrzahl der europäischen Mächte war in der Tat eine Handhabe zur Aufrechterhaltung des Friedens geschaffen. Mehr und mehr setzte sich der Einfluß der Großmächte durch und übte Polizeigewalt über die andern Mächte aus. Das zeigte sich besonders auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona.[2] Die heilige Allianz wuchs sich zur Vertreterin des patriarchalischen Absolutismus, des Legitimitätsprinzips und der Reaktion aus. Die Keime zu dieser Entwicklung waren in der unklaren Fassung und dem mystisch-religiösen Charakter der Stiftungsurkunde schon enthalten.

Diese Wirkung der Allianz und des Vertrages von Chaumont hielt das ganze folgende Jahrzehnt und länger bis zum Revolutionsjahre 1848 an; aber schon 1825 starb ihr Stifter, und mit Friedrich Wilhelm III. starb 1840 der letzte der drei Monarchen, die sie begründet hatten.

Bismarck sah die heilige Allianz nicht in dem romantischen Sinne der Frau von Krüdener. Für ihn ist sie der Zusammenschluß mehrerer Mächte zur gegenseitigen Wahrung ihrer Interessen auch schon zur Friedenszeit. Er hielt sie also offenbar für ein formelles Bündnis der drei Ostmächte und hat

---

[1] Mit diesen Worten veröffentlichte Alexander I. Weihnachten 1815 die heilige Allianz. Er ließ den Text in den Kirchen verlesen. Meyer a. a. O. S. 223. Martens Suppl. au recueil de traités etc. 6, 658.

[2] Treitschke a. a. O. 3, 164f. v. Meyer, Staatsakten 1, 282ff., 290ff. Diesen Kongressen entsprechen die Tagungen, die die Karolinger abhielten, vgl. Kleinclauß a. a. O.

später im Zweibund und Dreibund sie zu erneuern geglaubt, indem er von dem schon 1857[1] formulierten Gedanken ausging, daß Koalitionen nicht nur im Kriege angebracht sind, sondern daß der Einfluß einer Macht auch im Frieden von der Kraft abhängt, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg treten kann. Die heilige Allianz war ihm also nicht nur ein Kriegsbündnis sondern auch ein Friedensbündnis. In diesem Sinne sprach er von ihr in seiner Septennatsrede vom 6. Februar 1888:[2] „Da war der Deutsche Bund, und die eigentliche Stütze und Fortsetzung und Vollendung des Deutschen Bundes, zu deren Dienst er gemacht war, die heilige Allianz."

Weiter geht aus dieser Rede und aus der Denkschrift vom 18. Mai 1857 hervor, daß er sie bis zum Krimkriege als bestehend ansah, im Krimkriege habe sie „nicht durch unsere Schuld Schiffbruch erlitten". Da Bismarck das Ende der heiligen Allianz in den Krimkrieg verlegte, muß man wohl annehmen, daß er mit ihrem Endpunkt den 2. Dezember 1854 gemeint hat, jenen Tag, an dem Österreich sein Bündnis mit den Westmächten abschloß.

Den Konservativen erschien die heilige Allianz als die „erhabenste Errungenschaft des 19. Jahrhunderts".[3] Deshalb konnten sie sich auch so überaus schwer von ihr trennen, und klammerten sich daher an das Dresdener Schutz- und Trutzbündnis Preußens mit Österreich vom Jahre 1851, das auf drei Jahre, bis Mai 1854, noch bestand, und an die gute Freundschaft Rußlands, Österreichs und Preußens. Erst in dem offenbaren Bruche Österreichs und Rußlands, in der „Tartarennachricht", der falschen Kunde vom Falle Sebastopols (Sept. 1854), sahen sie das Ende der Allianz.[4] Ihren Grundgedanken aber holen sie immer wieder hervor[5] und dachten an ihre Wiederaufrichtung; besonders Leopold von Gerlach spricht immer wieder davon.

Doch war ihrer Meinung nach die heilige Allianz „kein Staatsvertrag, sondern ein Vertrag von Herzen . . . speziell

---

[1] Poschinger 4, 265. [2] Reden 12, 457.
[3] Krzztg. Neujahrs-Rdschau. 1855.
[4] Krzztg. 8. 10. 1854.
[5] V. f. St. u. L. 22. 9. 1855; 10. 11. 1855; Krzztg. 8. 7. 1855. Johannis-Rdschau.; D. 369; S. 388; 366; GaB. 179.

politische Zwecke und Absichten sind nie an diesen Vertrag geknüpft worden, außer von den Verdächtigern der Allianz".[1] Auch Leopold von Gerlach leugnet ihren politischen Charakter.[2] Vielmehr sei sie der Anfang des Königreiches Christi, in ihr verkörpere sich die allgemeine christliche Kirche des apostolischen Symbols insofern, als die Vertragschließenden allen drei Konfessionen der christlichen Kirche angehörten, der evangelischen, der römisch-katholischen und der griechischen Konfession. Die drei siegreichen Monarchen hätten „zu Vertus[3] in der Champagne ihre Siegespalmen und ihre Kronen dem Könige der Könige, Christo, zu Lehen aufgetragen und dadurch dem Urquell aller Freiheit, nämlich dem Reiche Gottes gehuldigt",[3] sie hätten die eine allgemeine christliche Kirche des apostolischen Symbols,[4] das Christentum als das maßgebende Gesetz für ihre inneren Regierungen und für ihre gegenseitigen Beziehungen anerkannt.[5]

Das „Volksblatt für Stadt und Land:"[6] sieht in der heiligen Allianz „den Begriff der Christenheit als einer durch das Evangelium verbundenen Völkerfamilie", eine neue Aufrichtung der Idee der Christenheit", als eines heiligen Familienbundes[7] der im Schatten des Evangeliums unter dem gemeinsamen Scepter des Königs der Könige wohnenden Nationen, eines Bundes der Fürsten und Konfessionen".

So ist sie die festeste Friedensgarantin, die Stütze der Fundamente der Staatsordnung, die „Erbin des heiligen römischen Reiches", „indem sie seinen Gedanken übernahm, als höchste Obrigkeit von Gottes Gnaden über die ganze Welt alle christlichen Herrschaften und Lande bei ihrem guten Recht und guter Ordnung zu erhalten".[8]

---

[1] Krzztg. 20. 10. 1853. [2] D. 2, 337.

[3] Die heilige Allianz ist nicht, wie E. L. v. Gerlach meint zu Vertus, südlich von Epernay, abgeschlossen, sondern in Paris, s. Ph. A. G. Meyer a. a. O. S. 223.

[4] Krzztg. 20. 4. 1854, Oster-Rdschau. Die heilige Allianz beruhe auf der Überzeugung, daß unser Herr und Heiland die Grundlage des europäischen Staatenwesens sei E. K. 1855, Sp. 13.

[5] E. L. v. Gerlach in der zweiten Kammer 8. 4. 1854.

[6] V. f. St. u. L. 10. 6. 1854; 10. 11. 1855.

[7] Vgl. die Stiftungsurkunde Art. I und II.

[8] Stahl in der ersten Kammer 25. 4. 1854. Leopold von Gerlach bezeichnet GaB. S. 230 als die Grundsätze der heiligen Allianz, daß die

Als stärkster Hort zur Aufrechterhaltung des Friedens würde die heilige Allianz zu dem richtig verstandenen europäischen Gleichgewicht gegenüber dem mechanischen, rationalistischen, dem Phantom der Hertzbergischen Zeit, und gäbe dem mechanisch-egoistischen Begriffe wieder einen Inhalt und eine Seele.[1] Die Konservativen verwerfen daher auch das sogenannte europäische Gleichgewicht als eine „gänzlich abgenutzte Redensart",[2] „als eine Zauberformel, die man überall nur da vernimmt, wo und sobald man sich scheut, mit seinen eigentlichen Gedanken und Plänen hervorzutreten".[3]

Die Folge derartiger christlich universalistischer Ideen ist naturgemäß eine Verwässerung oder vollkommene Vernichtung des Nationalgefühls. Tatsächlich finden wir einige Spuren kosmopolitischer Auswüchse.

Ernst Ludwig von Gerlach ist nie begeistert gewesen für den Nationalismus. Er und sein Bruder haben unter dem Einflusse Hallers gestanden, der Nationalitätsbewußtsein und Patriotismus ablehnte, deshalb redeten sie auch beide von dem „Laster des Patriotismus".[4] Ernst Ludwig von Gerlach wurde auch nicht einmal von der Begeisterung der Freiheitskriege mit fortgerissen. „Er lehnte nicht nur den überschroffen Franzosenhaß des Blücherschen Hauptquartieres ab, sondern er wurde sogar schon mißtrauisch, wo er nur einen Funken von einem reizbaren Nationalismus witterte".[5] So findet sich auch 1853 und die folgenden Jahre bei ihm kaum etwas, was als Patriotismus bezeichnet werden kann; die patriotischen Töne, die er in seiner Rede vom 8. April 1854 anschlägt, sind wohl mehr darauf berechnet, seine sonstigen Ausführungen zu unterstützen.

Bei ihm und in seinem Kreise begegnet jedoch zugleich die Übertragung des Interventionsgedankens auf die heilige Allianz, daß die einzelnen Mächte als Mitglieder der Staatenfamilie auch

---

Obrigkeit von Gott ist und daß die Fürsten demgemäß als von Gott beauftragte Diener regieren müssen.

[1] Krzztg. 20. 4. 1854. Oster-Rdschau; Freiherr von Bernhard u. V. f. St. u. L. 10. 6. 1854.

[2] Krzztg. 9. 8. 1853 *†*. [3] Krzztg. 5. 2. 1854.

[4] Eugen Jedele: Die kirchenpolitischen Anschauungen des Ernst Ludwig von Gerlach. Diss. Tübingen 1910 S. 21.

[5] Keyserling a. a. O. S. 51.

berechtigt sind, mit Waffengewalt in das Getriebe eines anderen Bruderstaates einzugreifen als Vertreter der höchsten Obrigkeit von Gottes Gnaden, daß ein Staat den anderen gegen innere Unruhen schützt und etwaige Revolutionen in seinem Innern niederkämpft. So gibt das „Volksblatt für Stadt und Land“ der heiligen Allianz im Gegensatz zu Leopold von Gerlach, der davon nichts wissen will,[1] auch antirevolutionäre Zwecke[2] „wider die revolutionären Nachzuckungen und wider das Eindrängen des Liberalismus in die öffentliche Politik“. Es sind das die Gedanken der Jahre nach 1815, die Metternich des öfteren in die Praxis umsetzen ließ. Unser modernes nationales Empfinden lehnt die Interventionspolitik ab, wie denn 1910 z. B. sich keine Macht in die inneren Händel Portugals eingemischt hat. Das preußische Selbstgefühl der Konservativen vertrug sich mit dem Interventionsgedanken nur deshalb, weil sie die Allianz als eine Staatenfamilie ansahen. In diesem Zusammenhange ist auch ihr Verhalten zum Tage von Olmütz zu verstehen.

Als eine außergewöhnliche Stimme verdient ein Artikel aus der „Kreuzzeitung“ vom 5. Juni 1853 erwähnt zu werden: „Es ist die heidnische Weise — heißt es darin — Geschichte und Politik zu treiben, wenn man das einzelne Volk in seiner Isoliertheit und das einzelne Faktum in seiner Losgerissenheit von dem allgemeinen Plane der göttlichen Weltordnung betrachtet und behandelt, und es steht Christen nicht wohl an, sich denen anzuschließen, zu welchen der Prophet Elias mit heiligem Spotte sagte, daß ihr Gott zuweilen nicht daheim sei oder der Ruhe pflege und sich daher um die Dinge in der Welt nur zeitweise kümmere. Mag daher immerhin der moderne Kosmopolitismus vom Übel sein, die scheinbare Reaktion dagegen, die Nationalitätsschwärmerei, wie sie jetzt so vielfach im Schwunge geht, ist in ihrem Kern auch nichts Besseres als ein modernes Heidentum, ein Zurückstoßen in die selbstsüchtige Abgeschlossenheit der antiken Völker, eine alles höheren Inhalts entleerte Politik, eine Politik, die keine bessere Gemeinschaft mehr kennt als die gemeinsame fleischliche Abstammung und den gleichen Laut der Rede des Mundes! Seltsamer Widerspruch! In demselben Augenblicke, wo man die Nationalgötter der Heiden und den

---

[1] D. 2, 337.
[2] V. f. St. u. L. 10. 11. 1855.

„National-Gott“ der Juden als einen längst überwundenen Standpunkt verspottet, scheut man sich nicht, die Nationalität selbst zu seinem Götzen zu erheben. Will man nicht sehen, daß man damit alle Mängel und Fehler der antiken Politik wieder lebendig gemacht und nur dasjenige verloren hat, was noch von göttlichem Inhalt in der Geschichte und Politik der Alten war? Wir wollen auch die gemeinsame Abstammung, aber wir kennen eine bessere Geburt als die fleischliche; wir wollen auch eine gemeinsame Sprache, aber wir kennen eine bessere Sprache als die Rede des Mundes, und wir begrüßen es deshalb als einen wahrhaften Fortschritt, daß die sogenannten Nationalitätsmotive immer mehr hinter den kirchlichen Motiven in den Hintergrund treten.“

Neben solchen christlich-kosmopolitischen Anschauungen behauptete sich indessen der preußische Stolz der Konservativen und ein starkes nationales Gefühl. Ja der „Janus“ betonte die Berechtigung der Nationalität und erklärt,[1] daß sie „als organische Grundlage und Stoff der politischen Entwicklung gerade in konservativer Voraussetzung, eine Würde, ja fast eine Heiligkeit“ habe.

Man wird also in dem Artikel der „Kreuzzeitung“ weniger einen Ausläufer der Weltbürgerlichkeit als eine Vorstufe der jetzt auf nationalen Grundlagen gesuchten internationalen Verständigung zu sehen haben.

Die Politik der Interessen und Tendenzen.

Die Konservativen machten einen Unterschied zwischen Tendenz- oder Prinzipienpolitik und zwischen Interessenpolitik. Unter der Politik der Interessen verstanden sie die Politik, die sich einseitig nach den materiellen Interessen des Staates, etwa nach der „Handesbilanz“,[2] richtet. Die Politik der Tendenzen und Principien berücksichtige vornehmlich, auch in der äußeren Politik, Grundsätze und geistige und ideelle Gesichtspunkte.

Die „Ostpreußische Zeitung“ betonte gleichwohl,[3] eine vernünftig geleitete Staatsgewalt treibe nicht so einseitige Politik,

---

[1] Salomon a. a. O. S. 7.

[2] O. Z. Nr. 78 vom 1. 4. 1854 Ltart.

[3] O. Z. Nr. 161 vom 14. 7. 1853 Ltart. „Die Politik der Interessen und Tendenzen.“

daß man von einen Gegensatz beider Begriffe reden könne; vielmehr seien Tendenzpolitik und Politik der Interessen identisch. Oft erfordere das allgemeine Interesse der Staatengesellschaft die Tendenzpolitik. Der Kampf gegen das revolutionäre Prinzip auf politischem wie kirchlichem Gebiet würde von den Interessen des Staates so dringend gefordert, daß mit dem Aufgeben jener Politik nicht allein die Interessen, sondern die Existenz des Staates selbst gefährdet erschiene.

Der größte Teil der preußischen Konservativen schob jedoch in der Theorie die Berücksichtigung der Grundsätze weit in den Vordergrund. Die Politik solle nach höheren Prinzipien, nicht nach dem „wechselnden Interesse" eingestellt werden.[1] Ja das „Volksblatt für Stadt und Land" sprach von der „vielgepriesenen Politik der Interessen als von der „treulosen".[2]

Wenn der Grundsatz auch in der „Kreuzzeitung" und in andern Blättern nicht geradezu ausgesprochen wurde, so huldigten ihm in der Theorie doch alle mehr oder weniger.[3]

Besonders häufig sind die abfälligen Urteile über die Interessenpolitik bei dem General von Gerlach. Stellt man ihn neben Bismarck, hat man das Empfinden, zwei verschiedene Generationen vor sich zu haben.

Wehmütig klingen oft die Klagen Gerlachs über sein Alter, daß er die neue Richtung der Politik nicht mehr versteht; aber er fühlt sich schon zu alt in der Politik, um von den Prinzipien zu lassen.[4] Er ist unbedingt für die Politik der Grundsätze. „Wie kurzsichtig ist doch die jetzige Politik, welche jedes Prinzip weggeworfen und ihren Halt in den materiellen Interessen und mechanischen Gleichgewichts-Ideen sucht."[5] Und als ihm Bismarck von seinem Antagonismus gegen England und Österreich schreibt, meint er, er könne ihn nicht teilen, „Ich stelle die Prinzipien höher als solche Empfindungen".[6]

Am Schluß der politischen Lehrzeit Bismarcks platzen diese Gegensätze der Anschauungen in dem Maibriefwechsel von 1857 noch einmal aufeinander, die Anschauungen des jungen rea-

[1] Stahl in der Rede vom 25. April 1854.

[2] V. f. St. u. L. 3. 1. 1855.

[3] Vgl. Kapitel III. Dieselben Erscheinungen bei ihren politischen Gegnern.

[4] D. 2, 394. [5] A. a. O. 99. [6] A. a. O. 412.

listischen Staatsmannes der Zukunft, und die des alten Diplomaten der romantischen Vergangenheit.[1] Gerlach tritt noch einmal stramm ein für seine Art, Politik zu treiben. Der ganze Brief vom 6. Mai 1857 ist dieser Frage gewidmet.[2] In der Geschichte seit Karl dem Großen, sieht er die Berechtigung seines Standpunktes. „Mir ist aber das Aufsuchen des Prinzips gerade deshalb von größter Wichtigkeit, weil ich, ohne ein solches gefunden zu haben, alle politischen Kombinationen für fehlerhaft, unsicher und im hohen Grade gefährlich halte, wovon ich mich in den letzten zehn Jahren und gerade durch den Erfolg überzeugt habe". Er ist der Meinung, daß er einen einmal als richtig erkannten Grundsatz auch in der Praxis festhalten müsse.[3] Bismarck erkennt dagegen zwar Prinzipien in der Politik an, z. B. das des Kampfes gegen die Revolution, aber er hält es „nicht für möglich, das Prinzip in der Politik als ein solches durchzuführen, daß die entferntesten Konsequenzen desselben noch jede andre Rücksicht durchbrechen, daß es gewissermaßen den alleinigen Trumpf im Spiel bildet, von dem die niedrigste Karte noch die höchste jeder andern Farbe sticht."[4]

Wie Bismarck stimmen die „Ostpreußische Zeitung" und der *†*-Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" nicht mit den übrigen Konservativen überein.[5] „Jede Politik dient nur sich selbst", „nur das wahre Interesse darf ausschlaggebend sein" sagt die „Ostpreußische Zeitung" und wendet sich gegen diejenigen, die etwa einen Anschluß an Rußland wünschen, weil sie in ihm das Prinzip der Autorität feiern.

Die Weiterbildung der Prinzipienpolitik ist die Parteipolitik. Es ist für die ganze Zeit charakteristisch, daß die Gegensätze der Parteien von der inneren Politik auf die äußere übertragen werden und zwar in der Weise, daß die Parteien des einzelnen Landes nicht nur Sympathien haben für gleich-

---

[1] Friedrich Meinecke (Weltbürgertum und Nationalstaat S. 314) kennzeichnet die Stimmung dieser Maibriefe trefflich, wenn er schreibt: „Man fühlt sich in ihnen in kühler Morgendämmerung und sieht den Mond erbleichen".

[2] GaB. S. 208. [3] GaB. S. 211.

[4] 30. Mai 1857 BaG. S. 327.

[5] Krzztg. 8. 3. 1854; O. Z. Nr. 186 vom 12. 8. 1853 Ltart.; Nr. 61 vom 12. 3. 1854 Ltart.; Nr. 117 vom 20. 5. 1854 Ltart.

gesinnte Parteien anderer Länder, sondern Liebe und Zuneigung erstrecken sich auch auf das Regiment, in dem sie gerade ihre Grundsätze verkörpert sehen oder das sie für ihren Beschützer halten.

Denn nicht umsonst hatte das Jahr 1848 eine gewaltige Kluft zwischen den konservativen und liberalen Parteiströmungen gezogen. Parteigegensätze werden nie ganz aufhören, damals waren sie besonders scharf, auf der konservativen Seite hauptsächlich deshalb, weil sich den Konservativen die Notwendigkeit aufzudrängen schien, ihre letzten Güter verteidigen zu müssen. Selbstverständlich wollten auch einige Konservative alle Zustände der Zeit vor 1848 wiederherstellen, die Hauptführer aber, wie Bismarck, begnügten sich mit der Verteidigung des Bestehenden. Sie hatten sich mit dem Konstitutionalismus allmählich ausgesöhnt. Vor allen Dingen aber wollten sie nicht den Absolutismus wieder einführen. Die Gerlachs z. B. waren schon von früh auf gegen den patriarchalischen Absolutismus und sein bürokratisches Regiment, sie fühlten ständisch. Eine wie starke Rolle dieses ständische Element in den Entwicklungsjahren der Gerlachs gespielt hat, hat Leonie von Keyserling gezeigt.[1] Auch jetzt waren sie gegen die Rückkehr[2]) des Absolutismus, sie wollten nur die Machtfülle der Krone vermehren oder sie wenigstens in der damaligen Stärke aufrechterhalten.[3] Wagener weist es deshalb auch zurück, daß die „Kreuzzeitung“ und ihre Partei dem Absolutismus Vorschub geleistet und seine Wiederherstellung angestrebt habe.[3]

Besonders fällt in die Augen die starke Furcht und der Abscheu vor revolutionären Bewegungen. Alles, was mit der Revolution zusammenhängt, ist den Konservativen verdächtig, alles Andere ist „legitim“. Seit der Gründung der heiligen Allianz tritt das Wort „Legitimität“ als Schlagwort in den Vordergrund, als Gegenstück zum „Bonapartismus“, der in der Terminologie an die Stelle des in den zwanziger und dreißiger Jahren gebräuchlichen „Jakobinismus“ getreten ist. Für die Stärke des Hasses gegen Bonapartismus und Liberalismus zeugt

---

[1] S. 63.
[2] GaB. S. 16. 69.
[3] Wagener, Erlebtes 1, 28.

allein die Tatsache, daß überhaupt von Parteipolitik in der äußeren Politik die Rede sein konnte. Dazu kommt, daß der Glaube an die heilige Allianz die hemmenden Schranken der Nationalität überbrückt.

Diese internationale Solidarität der Parteien finden wir übrigens auch bei den Liberalen. Für Österreich bezeugt sie Bismarck.[1] Heinrich Heine konnte sogar schreiben: „Es gibt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien". Ähnlich sprechen auch die konservativen Zeitungen[2] der damaligen Zeit.

Ein charakteristischer Vertreter der Parteipolitik ist Leopold von Gerlach. Er und das „Volksblatt für Stadt und Land" gehen in ihrem Abscheu gegen den Bonapartismus und in ihrem persönlichen Haß gegen Napoleon III. soweit, daß sie sogar ein Bündnis Preußens mit Frankreich weit von sich weisen.[3] Im Maibriefwechsel von 1857[4] kommt auch diese Frage zur Besprechung. Bismarck[5] stellt sich auf einen ganz anderen Standpunkt: „Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen — erklärt er — vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an andern; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondere aber, wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man meines Erachtens auf, Politik zu treiben, und handelt nach persönlicher Willkür. Die Interessen des Vaterlandes dem eignen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht".

Immerhin dämmert schon jetzt die Erkenntnis, daß die Parteipolitik doch nicht das Richtige sei. So lesen wir z. B. in einer kleinen Broschüre: „Für allgemeine politische Gedanken und nicht gereifte Zwecke setzt sich keine vernünftig geleitete Staatskraft zu einem Kampf nach außen in Bewegung".[6] Und

---

[1] BaG. 9. 4. 1854.

[2] Krzztg. 5. 2. 1854 Ausland; 17. 2. 1854 Neujahrs-Rdschau. V. f. St. u. L. 6. 4. 1854 abgedruckt auch Krzztg. 7. 4. 1854.

[3] S. u. S. 48. [4] S. o. S. 20 Anm. 1. [5] BaG. S. 315/316.

[6] „Der Kampf um die freie Hand", S. 6.

in der Stellungnahme der Konservativen hat letzten Endes doch die preußische Realpolitik den Ausschlag gegeben.

Schon vorhin sahen wir, daß sich die Konservativen bei der Frage nach Nationalismus und Kosmopolitismus in einem Übergangsstadium befanden. Ähnlich schwankten sie zwischen Partei- und Interessenpolitik. Man hat sich aber den Wechsel zwischen beiden nicht so zu denken, daß er sich in denselben Personen vollzieht. Vielmehr wird man sich in den Vertretern der Interessenpolitik eine jüngere, Bismarck näherstehende Generation vorzustellen haben. Die beiden folgenden Zitate zeigen, wie sehr die Tendenzpolitik aber noch immer vorherrschte. Ernst Ludwig von Gerlach schreibt:[1] „Die Interessenpolitik hat der Parteipolitik Platz gemacht" und später: „Die Sympathien gruppieren sich, wenigstens im evangelischen Deutschland, nach den großen Parteien".[2]

Zeugnisse aus der Übergangszeit von der Partei- und Prinzipienpolitik zur Interessenpolitik und damit von der Gefühls- zur Realpolitik finden sich weiter unten in dem Abschnitt über die Stellungnahme der Konservativen zum Krimkrieg.[3]

Die preußischen Konservativen traten also mit folgenden Vorurteilen an die Stellungnahme zum Krimkrieg heran: Sie übertrugen die Lehren der Bibel und der christlichen Sittenlehre in das Gebiet der Politik. Sie betonten in der Geschichte sonderlich religiöse Motive und sahen in ihr das Walten des allmächtigen Gottes. Die Politik sollte der Religion und der Kirche dienen. Als das Endziel der geschichtlichen Entwicklung erstrebten die Konservativen die eine allgemeine christliche sichtbare Kirche und das Reich Gottes, deren Vertreterin sie in der heiligen Allianz sahen. Schließlich verlangten sie eine

---

[1] Krzztg. 30. 6. 1853. Rdschau. im Juni.

[2] Krzztg. Neujahrs-Rdschau. 1854.

[3] Die Parteipolitik trägt starke Gefühlsmomente in sich, mit Haß und Liebe dachten die Konservativen an die einzelnen Länder. Doch werden auch schon warnende Stimmen vernehmbar. Der *†*-Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" schrieb: „Vor allem keine Politik des Gefühls! Das Verhalten eines Staates kann lediglich durch die wohlverstandenen Interessen desselben bedingt sein, natürlich nur soweit ihnen das Recht zur Seite steht. Daher darf die mächtige Unterstützung durch Rußland im Jahre 1813 keinen Bestimmungsgrund abgeben, all diesen Erinnerungen darf kein Einfluß gestattet werden, wenn es sich um einen entscheidenden Schritt in der Krisis des Erdteils handelt". (Krzztg. 8. 3. 1854).

Politik der Grundsätze mit dem Charakter des Kampfes gegen alles, was mit der Revolution zusammenhängt.

Diese Vorurteile schieben sich von Anfang an zwischen Bismarck und seine übrigen Parteigenossen. Bismarck trat nüchtern, mit ruhiger Unbefangenheit und mit klarem Auge an die Dinge heran, aber ihre Augen waren verschleiert. Deshalb wühlen und kämpfen in ihrer Brust miteinander Zu- und Abneigungen, von denen Bismarck fast nichts weiß.

2. Kapitel.

Die orientalische Frage.

Das unwürdige Gezänk und die Streitereien der lateinischen und griechischen Mönche haben nicht zum Kriege geführt. Lebensinteressen kamen bei den Fragen für die Schutzmächte beider Konfessionen, Frankreich und Rußland, nicht in Betracht. Man kann deshalb in diesem Falle auch den Kaiser Napoleon nicht zum Unruhstifter stempeln. Wohl wollte er eine Revision der Karte Mitteleuropas, ein Krieg gegen Rußland aber lag nicht in seinem Programm, und dadurch, daß er erreicht hatte, daß die Pforte die Schlüssel zu einer heiligen Tür der heiligen Grabeskirche auch den Lateinern gab, hatte er sich den Klerus, den er als Stütze für seine innere Politik und überhaupt für das Fortbestehen seiner Herrschaft brauchte, schon genügend verpflichtet. Kaiser Nikolaus hingegen benutzte die Gelegenheit, um zum Bruche mit der Pforte zu treiben. Er lud England zur Leichenfeier des „kranken Mannes“ ein[1] und teilte Österreich seine Pläne einer Teilung des Erbes mit. Er verlangte von der Pforte die Oberherrschaft über die griechisch-katholischen Untertanen, ein Protektorat, das die Souveränität des Sultans vollkommen zerstört und ihn selbst zum Herrscher über mehr als Dreiviertel der Einwohner der europäischen Türkei gemacht hätte. Sein Recht leitete er her aus dem Vertrage von Kutschuk Kainardsche (1774), der Rußland das Oberaufsichtsrecht über die anatolische Kirche schon gegeben habe.[2]

---

[1] In einer Unterredung mit Sir Hamilton Seymour, dem englischen Gesandten in Petersburg. Sie fand nach D. 2, 112 und 113 im Mai 1853 statt. Seymour will darauf geantwortet haben: „Sire, nous n'avons pas l'habitude de partager l'héritage des nos amis qu'après leur mort“ (D. 2, 112).

[2] Treitschke bezeichnet diese Behauptung als „plumpe Lüge.“ Literarisches Zentralblatt für Deutschland 16. April 1864, Sp. 368, abgedruckt in seinen „Historischen und politischen Aufsätzen“ 4, 613 f.

Seit 1848 war der Stolz des Zaren Nikolaus außerordentlich gewachsen. Die Teilung der Türkei hielt er für ein leichtes Werk und ein einträgliches Geschäft, leicht besonders deshalb, weil er glaubte, daß ein Machtwort von ihm genügen würde, und weil er vor allen Dingen Frankreich, auf dessen Gegnerschaft er wohl rechnete, als isoliert ansah. Ja, er hoffte sogar auf eine Allianz mit Österreich und England. Daß der junge Kaiser Franz Joseph, den er sich 1849 zu Dankbarkeit verpflichtet hatte, auf seine Seite treten würde, nahm er als selbstverständlich an; auf England rechnete er deshalb mit Bestimmtheit, weil er ihm freie Hand in Kreta und Ägypten zugesichert hatte.[1] Das Preußen seines Schwagers Friedrich Wilhelms IV. schätzte er zu gering, um es in Betracht zu ziehen.

Ein erster schwerer Schlag[2] für ihn war deshalb der Meisterzug, mit dem Napoleon jene alte Allianz zwischen Frankreich und England, die schon in den Jahren 1830—1840 bestanden hatte, 1853 wiederherstellte.[3] Als dann der Krieg begann, und Rußland dadurch, daß es bei Sinope (30. November 1853) die türkische Flotte zerstörte, die Ehre der auf ihr Seemonopel eifersüchtigen Engländer beleidigte, sah Nikolaus sich einer Koalition Frankreichs, Englands und der Türkei gegenüber. Ein Besuch des Zaren in Olmütz und Berlin hatte nur das negative Ergebnis, daß Preußen und Österreich Neutralität unter bestimmten Voraussetzungen versicherten (September und Oktober 1853). So waren im Winter 1853 seine Hoffnungen schon um ein Erhebliches getäuscht.

Bezeichnend für die Absichten des Zaren ist auch die Wahl des Augenblicks. Die griechischen Christen rüsteten sich im geheimen zu einem Aufstand gegen die Türkei; denn vor 400 Jahren war Konstantinopel erobert worden, 1853 wollten

---

[1] Auch die „Konservative Zeitung für Schlesien“ meint in Nr. 94 vom 24. 4. 1853 und Nr. 128 vom 5. 6. 1853: England werde sich mit Rußland verständigen oder ihm wenigstens nichts in den Weg legen. Frankreich werde sich kaum auf einen Krieg wegen der orientalischen Frage einlassen, wahrscheinlich aber werde es noch mit England um die Macht in Ägypten und Syrien kämpfen.

[2] Der Zar war empört über England, Gerlach spricht von „krankhafter Wut“. D. 2, 112 und GaB. S. 83, 59.

[3] Nach W. Maurenbrecher. Geschichte der Orientalischen Frage D. R. 25, 2 S. 226 ff.

sie den Rachezug gegen die verhaßten Eroberer unternehmen und das Kreuz wieder auf der Hagia Sophia aufpflanzen. Als daher Fürst Mentschikoff auf der Hohen Pforte erschien, glaubten die griechischen Christen in Konstantinopel nichts Anderes, als daß nun der große, lang ersehnte Augenblick gekommen sei. Es entstanden Tumulte in Konstantinopel, und es floß wieder reichlich Christenblut.

Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß der Zar um die Befreiungsgedanken, um das Sehnen der unterjochten Völker und um die panslavistischen Treibereien gewußt hat. Aber ob und wie weit er an ihnen beteiligt gewesen ist, muß als Frage offen gelassen werden. Es ist ihm damals der Vorwurf oft gemacht worden, daß er seine Hände mit im Spiel gehabt hätte.[1] Ebenso muß dahingestellt bleiben, wie weit er schuldig ist an dem für die Türkei ehrverletzenden und jedem Anstand spottenden Auftreten des Fürsten Mentschikoff. Auffallend ist jedenfalls, daß er gegen Nesselrodes und Orloffs Abraten durchaus an der Sendung Mentschikoffs festhielt.[2] Mit Mentschikoff stand er in geheimem Briefwechsel,[3] seinen alten Minister Nesselrode unterrichtete er erst, nachdem er seine Schritte schon getan hatte. Denn Nesselrode und Orloff waren gegen alle Forderungen, die mehr als die Forderung der heiligen Stätten enthielten. Orloff z. B. hielt die Forderungen eines Protektorates über die Christen in der Türkei für überflüssig.[4]

So ist also Kaiser Nikolaus allein der Friedensstörer. Nur auf ihn fällt die Verantwortung, nicht auf seine Ratgeber.

Preußens Stellung zur Orientkrisis war die denkbar einfachste. Schwierig wurde sie erst durch das Schwanken der Regierung. Neutralität war das Gegebene; denn Preußen war an der ganzen Frage fast nicht interessiert. Die Neutralität, wie Bismarck sie wollte, war eine ganz andere als die von der Regierung durchgeführte. Vor allem bot sich jetzt eine Gelegenheit, daß Preußen seine Unabhängigkeit von Österreich und Rußland zeigte, und eine selbständige Politik trieb. Bismarck wollte deshalb durch eine starke Neutralität Preußen aus seiner

---

[1] Vgl. Krzztg. 30. 6. 1854 Kriegsschauplatz. Vgl. auch S. 60 f.
[2] D. R. 38, 2 S. 66.
[3] D. 2, 45; D. R. 39, 2 S. 66.
[4] D. R. 38, 2 S. 66, 67.

untergeordneten Stellung, in der es sich seit 1850 befand, emporheben.

Ungefähr das Gegenteil der Neutralität, die Bismarck für Preußen wünschte, war die Neutralität der Regierung. Furcht vor Frankreich, vor Napoleons Tigersprung nach Osten, Furcht vor England und einer Blockade der Ostseehäfen und überhaupt Furcht vor jeder kriegerischen Aktion bestimmten neben der Absicht, dem Lande die Segnungen des Friedens so lange wie irgend möglich zu erhalten, ihre schwankende Politik. So kam es zu dem „Hinken auf beiden Seiten", zu der „wenn auch nicht direkten, Kurmacherei",[1] mit der Leopold von Gerlach absolut nicht einverstanden war.

[1] D. 2, 230.

3. Kapitel.

Stellung der Konservativen zu den einzelnen Mächten.

Stellung zu Österreich, dem Tage von Olmütz, zu Rußland und zu Kaiser Nikolaus.

Wollen wir das damalige Verhältnis der Konservativen zu Österreich vollkommen verstehen, so müssen wir vor allen Dingen bedenken, daß Österreich damals noch eine deutsche Bundesmacht war und zu Preußen in besonders nahen Beziehungen stand. Das Schutz- und Trutzbündnis beider Staaten von 1851 lief erst im Mai 1854 ab und erschien in den Augen der Konservativen als eine Bestätigung der heiligen Allianz.[1] Sie sahen Österreich nicht nur als verbündete deutsche Großmacht, sondern auch als das christlich-konservative Mitglied der europäischen, heiligen Staatenfamilie an. Daraus ergaben sich von selbst Sympathien zu der verbündeten Macht, die noch dadurch vermehrt wurden, daß die Österreicher Kampfesgenossen von 1813 waren,[2] und daß sie besonders den französischen Revolutionsheeren und den Heeren der Kaiserzeit Widerstand geleistet hatten.

Alle diese Momente haben sie damals blind gemacht gegen den seit 1740 bestehenden deutschen Dualismus. Aber selbst die Tage von Olmütz haben ihnen nicht die Augen geöffnet, wenigstens nicht der großen Masse.

Für einige wie Leopold von Gerlach und Stahl war die Lösung der deutschen Frage allerdings die preußische Union und der weitere Bund mit Österreich. Leopold von Gerlach sagt:[3] „Ich habe Ludwig und allen schon tausend Mal gesagt, die Wahrheit der Union sei, daß Preußen ein eigentümliches Verhältnis zu Deutschland und damit einen eigentümlichen

---

[1] S. o. S. 14. [2] Vgl. S. 23 Anm. 3. [3] D. 2, 61 27. 7. 1853.

Anspruch auf ein Prinzipat, unabhängig von Österreich habe. Ebenso wichtig ist es, daß Preußen sich mit Deutschland vereinigen und in dieser Vereinigung erst sich mit Österreich vereinigen muß". Ähnlich schreibt Stahl 1848 in einem Artikel der Kreuzzeitung.[1]

Daß Hugo zu Münster den deutschen Dualismus oder wenigstens die treulose Politik Österreichs erkannt hat, bezeugt die Aufzeichnung Leopolds von Gerlach:[2] „Münster hält die Österreicher für wesentlich falsch. Der Kaiser Franz Joseph habe kein Wort dazu gesagt, als Schwarzenberg 1850 mit dem Projekt hervorgetreten sei, ein Stück von Schlesien zu nehmen".

Sonst fehlt uns vielfach noch das Material, um die Stellung der einzelnen Konservativen zu erkennen. Durchsichtig ist die sehr einheitliche Haltung der Presse und der Parlamentarier, wenigstens der führenden. Ihr Hauptvertreter ist Ernst Ludwig von Gerlach. Der großdeutschen Richtung angehörend betont er immer wieder die Notwendigkeit der Einigkeit der beiden deutschen Großmächte. 1866 hat er mit Bismarck deswegen gebrochen, und am 21. Mai 1864 verteidigt er in der „Kreuzzeitung" sein Dogma mit folgenden Worten:

„Preußen-Österreich Hand in Hand,
Deutschland sonst aus Rand und Band".

So kommt es auch, daß Ernst Ludwig von Gerlach eine ganz besondere, wohl beinahe einzig dastehende Stellung zu dem Tage von Olmütz einnimmt. In der Johannis-Rundschau der „Kreuzzeitung" schreibt er am 1. Juli 1854: Wir wünschen nicht ein Ausscheiden Österreichs aus der deutschen Einheit. „Niemand hat so entschieden und erfolgreich als die Unsrigen 1849 und 1850 die widersinnigen und widerrechtlichen Versuche bekämpft, Österreich aus Deutschland hinauszuwerfen. Ohne den von uns ersehnten und errungenen Tag von Olmütz, den unsere Gegner noch jetzt schmähen, würde von deutschen Großstaaten heut überhaupt die Rede nicht mehr sein. Das durch inneren Zwist zerfleischte Deutschland, das alsdann auch gewiß

---

[1] Kropatscheck, Friedrich Julius Stahl. Vortrag gehalten im konservativen Verein zu Frankfurt a. M., Berlin 1911.

[2] D. 2, 173 1. 7. 1854.

von den Fremden zertretene Deutschland, wäre ohne Olmütz kein Gewicht mehr in der orientalischen Krisis, sondern nur noch eine Entschädigungsmasse für den künftigen Friedensschluß, wie das „Reich“ im Jahre 1802, als Frankreich und Rußland um die Wette über die deutschen Reichsstädte, Herrschaften, Abteien und Hochstifter disponierten.“ Und schon am 20. April 1854 heißt es in seiner Oster-Rundschau: „Es ist süße Musik im Ohre des Rundschauers, wenn jetzt überall von den „deutschen Großmächten“ als von einem zusammengehörigen Paare die Rede ist. Jetzt weiß jeder Engländer, was mancher Engländer früher nicht wußte, daß Preußen und Österreich „German powers“ sind. Es sind erst wenige Jahre her, daß die Partei, welche heute zum Bruche mit Rußland treibt, die eine deutsche Großmacht, Preußen, verleiten wollte, der anderen deutschen Großmacht, Österreich, den Charakter und das Recht als deutscher Großmacht streitig zu machen, und den, freilich ohnmächtigen Plan entwarf, Österreich die Türe aus Deutschland hinauszuweisen: . . . Hüten wir uns vor der Partei, die bis heute den echt schwarzweißen und schwarzgelben Tag von Olmütz schmäht, den Tag, an welchem Deutschland wieder Deutschland wurde, und die an jener tricoloren Politik noch immer festhält, welche Preußen dem Liberalismus und der Revolution und Deutschland den fremden Mächten preisgegeben haben würde!“

Bei dieser Auffassung war natürlich ein Verständnis für Bismarcks Politik, die nach den Schlachtfeldern Böhmens führte, nicht möglich. Bismarck nimmt von vornherein eine ganz andere Stellung zu Österreich ein. Die große Kluft zwischen seiner Auffassung und der des Oberpräsidenten erhellt aus seinen Worten: „Gegen Österreich kann ich mich des Mißtrauens nicht erwehren; ich bin überzeugt, daß es unaufrichtig gegen uns verfährt, es wird uns nach Bedürfnis und ohne Gegenleistung benutzen und bei Seite werfen und uns die Rolle zuweisen, wie Don Juan dem Leporello bei der Bauernprügelei, ohne auch nur schön Dank dafür zu sagen. Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß das heutige Österreich nie unser ehrlicher Bundesgenosse sein wird, das der Vergangenheit war es auch nicht, wenn es schon einmal aus der Not eine Tugend macht, und ob es in Zukunft einmal anders wird, kann nur Gott wissen“.[1] „Wenn man uns

[1] BaG. S. 85.

von Wien die Bruderhand reicht, so macht es mir immer den Eindruck, als habe man dort die Krätze und wünsche uns durch den Händedruck anzustecken, weil sie sich zu zweien leichter aushält."[1] Ein anderes Mal[2] schreibt er an den General von Gerlach: „Österreich bedarf zur Durchführung seiner innern germanisierenden Zentralisations-Politik der Belebung seiner Beziehungen zu Deutschland, d. h. auf Wienerisch: einer straffen Hegemonie über den Bund, dabei sind wir ihm im Wege, wir mögen uns an die Wand drücken, wie wir wollen, ein deutsches Preußen von 17 Millionen bleibt immer zu dick, um Österreich so viel Spielraum zu lassen, als es erstrebt. Unsere Politik hat keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland, schon unserer geographischen Verwachsenheit wegen, und gerade diesen glaubt Österreich dringend auch für sich zu gebrauchen; für beide ist kein Platz nach den Ansprüchen, die Österreich macht, also können wir uns auf die Dauer nicht vertragen. Wir atmen einer dem anderen die Luft vor dem Munde fort, einer muß weichen, oder vom andern „gewichen werden", bis dahin müssen wir Gegner sein, das halte ich für eine unignorierbare (verzeihen Sie das Wort) Tatsache, wie unwillkommen sie auch sein mag".

Während Bismarck also einsah, daß Deutschland für Österreich und Preußen zu eng war, hing sich der andere Kreis, dessen Vertreter Ernst Ludwig von Gerlach war, noch immer an den Bund von 1815 und hielt dieses unglückliche Provisorium für ewig. So ist es noch während des Krimkrieges, doch finden wir auch schon Stimmen gegen die Unterordnung Preußens im Bunde. Selbst Ernst Ludwig von Gerlach verlangte eine gewisse preußische Selbständigkeit, wenn er auch über die Jahre 1853—1856 hinaus an der Bundesverfassung festhielt.

Heinrich Leo spricht ebensowenig wie Ernst Ludwig von Gerlach von einer Demütigung in Olmütz, sondern betont vielmehr,[3] daß Deutschland „der von den myopischen Philistern und weitplanenden Demokraten unisono geschmähten Politik von Olmütz den ihm gebührenden Ehrenplatz verdankt".[4] Edwin

---

[1] BaG. S. 113. [2] BaG. S. 115.

[3] V. f. St. u. L. 22. 4. 1854. G. M. März.

[4] Die „Konservative Zeitung für Schlesien" spricht es am 12. Juni 1853 in Nr. 134 im Leitartikel aus: sie sei betrübt gewesen über die eingetretene

von Manteuffel hebt mehr den Sieg des antirevolutionären legitimen Prinzips hervor. Wenn er auch die Niederlage Preußens schwer empfindet, so freut er sich doch darüber, daß Preußen wieder in die prinzipiell richtigen Wege eingelenkt sei. Denn 1850 wäre Preußen Vorkämpfer des revolutionären Prinzips gewesen. Manteuffel hätte sogar den Kelch lieber noch bitterer getrunken, als die Allianz der preußischen Fahnen mit den revolutionären Elementen erleben zu müssen.[1]

Nach Hermann Wagener hatten die Konservativen ein lebhaftes Gefühl für die Erniedrigung Preußens,[2] aber sie haben Olmütz als eine verdiente Demütigung „des revolutionären in sich uneinigen Preußens empfunden, welches gewisse phantastische Traumgebilde als Realitäten behandelt hatte und sich nun plötzlich darüber beschwerte, wie Absalom mit den Haaren in den Zweigen der Eiche hängen geblieben zu sein. Man kann bei dieser Gelegenheit nicht eindringlich genug wiederholen, daß wir ohne Olmütz nicht allein in einen durch die äußerste Linke der Frankfurter Nationalversammlung bereits vorbereiteten und angebahnten Bürgerkrieg hineingetrieben, sondern daß wir auch dem Kaiser Nikolaus die Bahn bereiteten, mit den Waffen in Deutschland zu intervenieren und dadurch für Rußland eine seine bisherige bei weitem überragende Machtstellung zu gewinnen".[3]

Die Liberalen haben in richtiger Erkenntnis der preußenfeindlichen Haltung des Zaren ihren ganzen Haß auf Kaiser Nikolaus geworfen. Die Konservativen sehen dagegen in der Handlungsweise Rußlands einen dankenswerten Freundschaftsdienst ganz im Sinne der heiligen Allianz. So schreibt Ernst Ludwig von Gerlach in der Neujahrs-Rundschau der „Kreuzzeitung" 1855: „1850 hat uns Russland treuen Freundes- und Nachbardienst geleistet, indem es Österreich und Preußen und somit Deutschland zusammenhielt, als die tricolore Politik es in Stücke zu sprengen drohte, um es als wehrlose Beute den

---

Katastrophe, habe sie aber doch als „Schlußpunkt der Schwäche" und als „den wiedergewonnenen Ausgangspunkt für eine Politik der Kraft" angesehen.

[1] Ende Januar 1852 an Hugo zu Münster D. R. 38, 1 S. 192.

[2] Erlebtes 1, 59.

[3] Ebenda 2, 3f., ähnlich 1, 49ff. Es muß bei der ganzen Schrift Wageners berücksichtigt werden, daß sie erst ein Menschenalter nach den Vorgängen abgefaßt ist. Zu einer eingehenden Kritik ist hier nicht der Ort.

Nachbarn vor die Füße zu werfen. Will man dies einen Druck nennen — nun, so war es ein Druck wie der Druck des Griffes, der mich aus Wassers- und Feuersnot herausreißt". Auch Dr. Sartorius-Königsberg[1] rechnet es dem Zaren als Verdienst an, daß er verhinderte, daß sich Deutschlands beide mächtige Arme gegenseitig zerfleischten, um dann matt unter des Brennus doppelschneidiges Schwert zu fallen. Die Schuld an Olmütz tragen nach ihnen die Liberalen mit ihrer Chimäre eines konstitutionellen Bundesstaats von Europa und nicht die „einseitige und doch nicht feindselige Parteinahme Rußlands".[2]

Das Richtige ist wohl, wie es Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" formuliert, daß die Schuld an Olmütz die ungeschickte Leitung der preußischen Politik durch Otto von Manteuffel trägt.[3] Bei seinem Amtsantritt und dem Tode des Grafen Brandenburg war Preußen noch auf einem ehrenvollen Rückzug begriffen, der in bester Ordnung von statten ging.

Jedenfalls hat die Einmischung Rußlands in deutsche Verhältnisse etwas Tieftrauriges und Entwürdigendes an sich, um so mehr als Zar Nikolaus in die ihm fremden inneren Angelegenheiten des deutschen Bundes mit einem für Rußland vielleicht passenden rücksichtslosen Despotismus eingriff.

So können wir die Stellung der Liberalen begreifen; ihnen liegt vor allem daran, daß die „offensive Vormachtsstellung" Rußlands gebrochen wird. Weshalb aber eine Teilnahme Preußens am Krimkriege gegen Rußland doch nicht seinen Interessen entsprach, wird vor allem die Stellungnahme Bismarcks zeigen.

Die konservative Auffassung des Tages von Olmütz ist also recht eigenartig. Daß sie in vielen Punkten nicht Unrecht hatten, wissen wir jetzt. Uns ist aber hier das Wichtigste, daß für sie der Hauptgrund zur Stellungnahme gegen Rußland, den die Liberalen aus der Olmützer Politik ableiteten, nicht in Betracht kam. Zu verstehen ist ihre Ansicht nur aus ihrer Auffassung der heiligen Allianz und aus ihrem Dogma: „Preußen-Österreich Hand in Hand".

---

[1] Vormals Professor der Theologie zu Dorpat, Krzztg. 11. 3. 1855.
[2] Stahl in der ersten Kammer 25. 4. 1854.
[3] G. u. E. 1, 95. N. A. 1, 108.

Daß sie auch die diplomatische Niederlage, trotzdem sie die Demütigung empfanden, ruhig und ohne Murren ertrugen, erklärt sich daraus, daß sie die „düsteren Novembertage" des Jahres 1850 als eine verdiente Strafe des Himmels ansahen, weil man versucht hatte, Österreich durch die „verhaßte Union" aus Deutschland hinauszudrängen.[1]

Wie Stahl und Ernst Ludwig von Gerlach in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Partei im Parlament mehrmals offen erklären, haben die Konservativen russische Sympathien, aber nicht mehr.[2] Diese Sympathien beruhen zum Teil auf der Erinnerung an die Waffenbrüderschaft[3] von 1813 mit den gemeinsam durchlebten schweren und leichten, trüben und fröhlichen Tagen. Durch Blut ist die Freundschaft der beiden Völker besiegelt. Aus dem gleichen Grunde hegen sie auch für Österreich Sympathien.[4] Außerdem spielt bei ihnen die Verwandtschaft der drei Herrscherhäuser eine Rolle; denn Friedrich Wilhelm IV. ist der Schwager des Zaren und der Onkel des Kaisers Franz Joseph. Nach der Meinung des Oberpräsidenten von Gerlach müssen die Verwandtschaftsverhältnisse des Herrscherhauses — was Bismarck gar nicht billigen würde[5] — auch in der Politik zur Geltung kommen; denn „diejenigen schänden die Majestät, die dem Könige die Basis aller Majestät, das Recht als König Mensch zu sein, entziehen, indem sie die persönlichen und Familienverhältnisse und -Interessen des Königs in den Verhältnissen und Interessen des Staates untergehen lassen. Es ist eine philisterhaft-mechanische Auffassung der Monarchie, die in dem Monarchen als solchem nur ein Rad der Staatsmaschine sieht, welches der Rechte und Pflichten, der Empfindungen und Sympathien des Menschen möglichst zu entkleiden sei. Der König

---

[1] Erlebtes 1, 49 und 2, 3.

[2] In ihren Reden am 8. und 25. April 1854 in den beiden preußischen Kammern. Siehe auch E. L. von Gerlach Tagb. 8. 4. 1854. Auch seine zweite Rede vom 21. 3. 1855 war „Russomanie temperiert durch Anglomanie". V. f. St. u. L. (Näheres s. 7. 11. 1855) hat auch Sympathien für Rußland, dsgl. O. Z. Nr. 163 vom 14. 7. 1854 Ltart.

[3] Vgl. etwa O. Z. Nr. 53 vom 3. 3. 1854 Ltart. und Nr. 61 vom 12. 3. 1854 Ltart.

[4] S. o. S. 23 Anm. 3.

[5] BaG. S. 316. S. o. S. 22 Anm. 5.

ist nicht *weniger* sondern *mehr* Mensch als jeder Andre. Er ist der Mensch im eminenten Sinne. Die freieste, die volleste, die mächtigste Entfaltung der Persönlichkeit, oder, was dasselbe ist, das Ebenbild Gottes, das ist eben das Königtum. Und diese Persönlichkeit nach allen Seiten hin, also auch nach der Seite der Verwandtschaft hin, anerkennen, ehren und ihre Wahrheit geltend machen, das ist eben das Interesse des monarchistischen Staates".[1]

Die Konservativen ehrten daher den letzten Willen des verstorbenen Königs,[2] der seinem Sohn die Einigkeit der drei Ostmächte ans Herz gelegt hatte.[3] Dazu kam noch, daß sie in Rußland die Vormacht der heiligen Allianz und den Hort des Konservativismus sahen. „Die Anker der heiligen Allianz liegen nur noch in Rußland" sagte Hugo zu Münster.[4] Dabei hegten sie keineswegs Vorliebe für russisches Wesen, russische Bildung und russische Einrichtungen. Das Ideal der Gerlachs war der ständische, nicht der absolute Staat, und die Form des russischen Absolutismus sagte ihnen am allerwenigsten zu.[5]

Leopold von Gerlach, der mehrere Male mit dem Prinzen von Preußen in Rußland gewesen war, wollte von der russischen Knute nichts wissen, der Despotismus mache die Menschen unbrauchbar.[6] Die Cäsaropapie Rußlands bezeichnete er sogar als antichristlich.[7] Auch sein Bruder sagt: „Mit dem Absolutismus des Zaren können wir nicht sympathisieren".[8] Für die Partei bezeugt Hermann Wagener dieselbe Stellung.[9]

Trotzdem war ihnen Rußland das Bollwerk, das allen Stürmen der Revolution getrotzt hatte,[10] der Fels, an dem alle

---

[1] Krzztg. 20. 4. 1854. Oster-Rdschau.

[2] Krzztg. 20. 4. 1854 Oster-Rdschau.; 21. 2. 1854; V. f. St. u. L. 25. 2. 1854; 23. 12. 1854; 7. 11. 1855; Menzel in Wageners „Erlebtes" 1, 49 ff.; Ernst Ludwig von Gerlach und Stahl am 8. 4. 1854 und am 25. 4. 1854 in ihren Parlamentsreden; O. Z. Nr. 61 vom 12. 3. 1854 Ltart. „Ost oder West?", Nr. 53 vom 3. 3. 1854 Ltart. „Preußen und Rußland".

[3] S. o. S. 1.

[4] Am 23. 12. 1853 D. R. 38, 2 S. 69.

[5] S. o. S. 21. [6] D. 2, 42. [7] D. 2, 231.

[8] Aus einem bei Wagener „Erlebtes" 1, 28 zitierten Briefe.

[9] Erlebtes 1, 28.

[10] Das Bollwerk gegen die Fluten der Empörung wider die Obrigkeit von Gottesgnaden E. K. 1855 Sp. 14. Rußland als das Prinzip der Autorität gefeiert: O. Z. Nr. 117 vom 20. 5. 1854.

Wogen von 1830 und 1848 zerschellten, das einzige Land vor allem, das sich vom Bonapartismus freigehalten habe,[1] die Macht, die sogar in dem Revolutionsjahr ihre konservative Sendung im Geiste der heiligen Allianz durch Niederwerfung des Aufstandes in Ungarn bewährt habe. Rußland habe in der politischen Welt der Zentrifugalkraft der Revolution gegenüber das Gesetz der Gravitation zu vertreten und vertrete es.[2] Bei ihm suchen sie Garantien für die Integrität Deutschlands und für die Fundamente der Staatsordnung.[3] Franz von Florencourt sagt: „Jedesmal, wenn die Revolution mit dem historischen Rechte in Deutschland auf ungesetzliche und gewaltsame Weise kämpfte, hat Rußland die vertragsmäßige Rechtsordnung gefestigt und eine völlige Auflösung derselben verhindert".[4]

Zu diesen russischen Sympathien der Konservativen gesellen sich noch rein persönliche Zuneigungen zu Kaiser Nikolaus. Ja, man kann sagen, die russischen Sympathien gipfeln in denen für den Zaren. Denn ohne ihn wäre Rußland vielleicht nicht das, was es ist; hat er doch gleich nach seinem Regierungsantritt eine gegen sein ganzes deutsches Geschlecht und seine deutschen Untertanen gerichtete Revolution unterdrückt. Gerade er repräsentiert die antirevolutionäre Vormacht.

Der Zar ist für sie als das Haupt der heiligen Allianz das Haupt aller Konservativen.[5] Mit Verehrung hängen sie an ihm und preisen ihn wegen seines festen und klaren Willens,[6] wegen seiner tiefbegründeten, unerschütterlichen Ehrenhaftigkeit,[7] wegen seiner starken, machtvollen Energie, die mit großmütiger Mäßigung und christlicher Selbstbeherrschung gepaart sei;[8] seine Friedensliebe steht über allem Zweifel,[9] aber, so sagt auch Leopold von Gerlach: er ist ein sehr wenig kriegerischer Herr und daher friedliebend.[10]

---

[1] D. 2, 332.
[2] Krzztg. 13. 5. 1853.
[3] Stahl am 25. 4. 1854 in der ersten Kammer.
[4] Politische Wochenschrift 1, Heft 12, Seite 372.
[5] D. 2, 139.
[6] Krzztg. 15. 11. 1854 Ltart., ähnlich V. f. St. u. L. 28. 12. 1853 G. M. u. 19. 11. 1853, ferner Krzztg. 5. 10. 1854 Ltart, O. Z. Nr. 164 vom 17. 7. 1853 Ltart.
[7] Krzztg. 16. 3. 1854, O. Z. Nr. 50 vom 28. 2. 1854 Ltart.
[8] D. Sartorius in der Krzztg. 16. 3. 1855.
[9] Krzztg. 16. 1. 1855.
[10] D. 2, 42; 172.

Die „Konservative Zeitung für Schlesien“ schreibt: Die Liberalen sehen jetzt in Nikolaus den finsteren, kurzsichtigen Wüterich. „Zwar hatte uns die Geschichte der letzten Jahre ein ganz anderes Bild von dem Fürsten des Nordens gezeigt, und selbst die Feinde seiner Macht hatten sich, wenn auch mit Widerstreben, gewöhnt, in ihm eine der bedeutendsten politischen und geistigen Größen der neueren Zeit zu erkennen . . .“.[1]

In dieses Lob des Zaren will Leopold von Gerlach weniger einstimmen. Allerdings nennt er ihn 1832 den „guten“ Kaiser, und noch später findet er ihn weise und mäßig.[2]

Ganz anders als die große Masse der Konservativen urteilt der preußische Militärbevollmächtigte in Petersburg, Graf Hugo zu Münster, in seinen Briefen an Edwin von Manteuffel.[3] Die Verehrung seiner Parteigenossen scheint ihm auf Unkenntnis der Persönlichkeit des Zaren und auf Voreingenommenheit zu beruhen. Münster sieht in der Petersburger Beleuchtung vielmehr einen leidenschaftlichen, sehr von sich eingenommenen, oft gereizten Herrscher, der auf seine Selbstherrschaft pochend, hart und unbillig im Urteil wird, wenn Preußen einmal nicht nach russischen Melodien tanzt. Als Kaiser von Rußland sei er „an und für sich schon weniger trätabel als irgend ein anderer Monarch“, er sei seit 1848 sehr eingebildet, gesprächig, indiskret und tue seinem Unmut nie Zwang an.

Diese Urteile Münsters bestätigen das Bild, das wir uns vom Zaren machen,[4] während die Konservativen ihre Stellung

---

[1] Nr. 146 vom 26. 6. 1853 Leitartikel „H“ Breslau 25. 6. Die „Ostpreußische Zeitung“ (Nr. 55 März 1856) preist den Zar wegen seiner hohen Weisheit und Gerechtigkeit, wegen seines erlauchten Charakters und des Adels seiner Gesinnung „Seine Seele war nur fähig großer Gedanken und Empfindungen, sein Geist stets und immerdar rastlos beschäftigt mit edlen Plänen und Entwürfen. Nie ausschweifend in seinen Wünschen und maßvoll in den Forderungen, auch wenn der Sieg und das Glück ihm alles gestatteten, bezeugte er die Hochherzigkeit seiner Denk- und Handlungsweise ohne Unterscheid dem Starken gegenüber wie dem Schwachen.“ Als ein Kuriosum muß ich hier vor allem nennen das kleine Schriftchen von Heinrich Bossard: „Psychologische Charakteristik des Kaisers von Rußland Nikolaus I“, das ein komisch wirkendes Idealbild und Phantasiegemälde in den schwunghaftesten Worten und Redewendungen malt.

[2] D. 2, 73; 12. 8. 1832 und D. 2, 47.

[3] D. R. 38, 1 S. 23, 177, 180, 181.

[4] Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert 3_6, 727 f.

zur orientalischen Frage nach ihrem Idealbild des Zaren orientierten. In ihrer Mehrzahl schieben sie seiner Orientpolitik religiöse und kirchliche Beweggründe unter, machen also aus dem Eroberungskrieg des Zaren einen Glaubenskrieg, und halten ihn für einen Vorkämpfer der Christenheit. „Die Annahme, die auf der Voraussetzung der Hinterlist, der Furcht und anderer Eigenschaften gebaut ist, ist ungereimt, eine Annahme, die niemand Nikolaus dem Ersten zutrauen kann . . . Die religiösen Interessen stehen in Rußland wirklich auf erster Linie, das Kreuz, das der Zar als erster griechischer Christ auf der Brust trägt, hält in den Augen seines Volkes seiner Krone das Gleichgewicht: ohne seine Religion kann dieser Staatenkoloß nicht zusammenhalten. Und eben darum treibt der natürlichste Trieb die griechischen Christen des Orients zu diesem Bollwerke ihrer Sitten, Gesetze und ihres Glaubens hin, und eben darum muß es der Zar für seine heilige Pflicht erachten, seinen Religionsgenossen zu Hilfe zu eilen".[1]

Der stärkste Beweis, daß der Zar keinen Eroberungskrieg beabsichtigt habe, ist seine Friedensliebe und seine unbedingte Ehrenhaftigkeit, die nicht zu glauben gestatte, daß er einen etwaigen Sieg zur Beeinträchtigung der übrigen Staaten mißbrauchen würde.[2] Sein Wort, sein Charakter und seine ganze Vergangenheit garantieren seine Friedensliebe.[3] „Rußland ist nicht auf Eroberungen bedacht: es würde sonst schwerlich die Hand dazu geboten haben, Ungarn dem österreichischen Kaiserstaate wiedergewinnen zu helfen, es würde schwerlich seine Aufgabe darin finden, die Revolution in dem Herzen Europas niederzuhalten".[4] Auch aus der mangelhaften Vorbereitung zum Kriege ergebe sich, daß der Kaiser keinen Angriffs- und Eroberungskrieg beabsichtigt haben könne. Gegen seine Absicht in den Krieg verwickelt, habe er nur einen starken Druck auf die Türkei[5] ausüben wollen.

Auf die Anklage der gegnerischen Presse, Rußland sei im Unrecht, muß natürlich die konservative antworten. Aber wenn sie davon spricht, Rußland sei im Recht, so ist es oft schwierig zu entscheiden, ob sie damit die politische oder religiöse Seite

---

[1] Krzztg. 10. 7. 1853. [2] Krzztg. 5. 3. 1854.
[3] Krzztg. 8. 2. 1854. [4] V. f. St. u. L. 23. 11. 1853.
[5] Krzztg. 6. 8. 1853 *†*; 1. 7. 1854 *†*; 2. 7. 1854 *†*; 28. 10. 1854.

der Frage meint. Beide gehen in ihrer Beweisführung häufig ineinander über.[1] Im allgemeinen müssen wir annehmen, daß von der religiösen Seite die Rede ist.

In religiöser Beziehung ist Rußland selbstverständlich im Recht, es „handelt im Geiste eines großen, nationalen und religiösen Prinzips, das an sich keiner Rechtfertigung bedarf".[2] Vor allen Dingen hat der Kaiser das Recht die „Rajahs" zu schützen. Wie sehr und weshalb die Konservativen das für Recht halten, werden wir noch sehen.[3] Ja, das Volksblatt für Stadt und Land hält es sogar für die Pflicht des Zaren, für die griechischen Christen einzutreten, und bedauert nur, daß er, allzu friedliebend, zu spät eingeschritten sei, und mit äußerster Schonung und zu weit getriebener Langmut vorgehe. Sodann hätten alle den Lateinern gemachten Zugeständnisse die Stellung der griechischen Kirche in der Türkei beeinträchtigt, so daß dem Kaiser Nikolaus nichts anderes übrig geblieben sei, als zu reklamieren. Um seine auch von den Westmächten als gerecht anerkannten Ansprüche durchzusetzen, habe Rußland als Pfand die Donaufürstentümer besetzen müssen. Das Einrücken in die Moldau und Walachei entspreche also lediglich dem Notrechte und beruhe auf keinem Vertrage; obendrein habe Rußland auch für seine aufgewandte Waffenrüstung eine Entschädigung zu beanspruchen.

So ist also Rußland nach der Meinung der Konservativen auch formal im Recht. Sie stehen deshalb auch mit ihren „politischen Sympathien" entschieden auf seiner Seite.[4]

Im übrigen halten sie sich, wenn Rußland immerhin politische Motive hinter seine kirchlich-religiösen versteckt habe, an die Tatsachen und Folgen.[5] „Wenn im Grunde auch alles Scheingründe „sind, sagt[6] das Volksblatt, „so können doch aber auch die religiösen Motive nicht klein sein, wenn der Ehrgeiz

---

[1] Krzztg. 2. 6. 1853; 21. 6. 1853 und 15. 9. 1853; 1. 8. 1854 *†*; 5. 8. 1853 *†*; 10. 8. 1853; V. f. St. u. L. 13. 7. 1853; 23. 11. 1853; 31. 8. 1853 G. M.; 23. 12. 1854; 19. 11. 1853. Stahl spricht am 25. April 1854 in der ersten Kammer über das Recht Rußlands; Goedsche S. 72; Die amerikanischen Katholiken: Rußland im Recht Krzztg. 5. 3. 1854 („Boston Pilot", N. Y. Freemans Journal", „Quarterly Review" Januar 1854).

[2] Freiherr von Bernhard S. 8.

[3] S. u. S. 57 ff.

[4] Krzztg. 21. 6. 1853.

[5] Krzztg. 4. 6. 1853.

[6] V. f. St. u. L. 13. 7. 1853.

eines Kolosses dahinter Platz hat, denn wenn man sich hinter etwas stecken kann, so muß es doch da sein". Hat aber Rußland wirklich Unrecht — Ernst Ludwig von Gerlach gibt es zu[1] — so ändert das an der Stellungnahme der Konservativen nichts; denn die Westmächte hatten mehr Unrecht[1] und außerdem:[2] „wenn es Unrecht hätte, so ist es bis dahin noch nicht Mode gewesen, daß die Großmächte gegen jedes Unrecht eingeschritten sind. Warum soll gerade Deutschland Richter sein und Büttel in Sachen der Türkei contra Rußland?"

Abseits von der großen Masse der Konservativen stehen noch einige erwähnenswerte Sonderlinge und dann mit eigenen Anschauungen die Diplomaten.

Zuerst ist noch zu nennen H. Goedsche, der ehemalige Redakteur des Zuschauers in der „Kreuzzeitung". Er ist als Sancho Pansa neben Hermann Wagener auf der ersten Bismarck-Karrikatur des Kladderadatsch vom 4. November 1849, die aus dem Bismarck-Album auch weiteren Kreisen bekannt ist, abgebildet. Er hatte zur Erforschung der orientalischen Frage eine Reise in den Orient gemacht und seine Erlebnisse und Gedanken in der Schrift: „Die Russen nach Konstantinopel!" niedergelegt. Schon der Titel mit dem Ausrufungszeichen charakterisiert kurz und treffend den Inhalt. Goedsche ist in der Tat „russisch", und in den konservativen Kreisen fühlte man den trennenden Unterschied. Das „Volksblatt für Stadt und Land" sagt, als es das Erscheinen der Schrift meldet, am

[1] In der Presse finden wir keine Äußerung Ernst Ludwigs von Gerlach, daß Rußland im Unrecht sei, wohl aber im Tgb. vom 28. Februar 1854. Ich glaube, daß diese Notiz aus späteren Jahren stammt. Die Eintragung zum 12. März 1854 zeugt von einer späteren Abfassung des Tgb.s. Auch die „Evangelische Kirchenzeitung" sagt, Rußland sei nicht von aller Schuld freizusprechen, die allerdings vorhandene Sorge für die Glaubensgenossen in der Türkei sei nicht das einzige bewegende Prinzip. Die Verhandlungen mit Lord Seymour und die Besetzung der Donaufürstentümer erinnerten lebhaft an 2. Sam. 24 und ließen in dem Kriege und den Übeln, die in seinem Gefolge seien, auch eine Strafe Rußlands erkennen, das zu gute Ruhe in seinem Hause gehabt hätte (E. K. 1855 Sp. 5). Immerhin seien Rußlands Kaiser und Volk beseelt von einem tiefen Interesse für die Glaubensbrüder. Das sei der eigentliche Ausgangspunkt der ganzen Verwickelung (E. K. 1855 Sp. 12). In der „Kreuzzeitung" (5. 8. 1853 *†*) wird die Schuld an der Frage dem früheren französischen Gesandten in Konstantinopel La Valette und dem Mangel an Voraussicht beim türkischen Ministerium zugeschrieben.

[2] Stahl am 25. April 1854 in der ersten Kammer.

24. Juni 1854: „leidenschaftlich reaktionär, läßt die größeren und tieferen Gesichtspunkte, die wir der Reaktion wünschen, so vielfach vermissen".

Goedsche meint allerdings (S. 75), daß trotz allen politischen Nebengründen der Krieg ein Glaubenskrieg sei, doch beschäftigt ihn mehr die politische Frage. Nicht nur für Rußland ist der Besitz des Bosporus oder wenigstens der überwiegende Einfluß auf die Pforte von Bedeutung,[1] sondern auch für den Sieg der konservativen Sache. Dieser Sieg ist nur möglich, wenn der rationalistischen englischen Krämerherrschaft ein Ende bereitet wird; das ist die Mission Rußlands.[2] Es ist ganz unwesentlich, ob der Weg der Russen nach London über Konstantinopel oder über den Balkan führt. Mit der Einnahme Konstantinopels durch die Russen träfe man England am schwersten; denn von dort aus werde der Weg nach Indien beherrscht.

Als zweiten, der von der gewöhnlichen Meinung der Konservativen abweicht, möchte ich noch Heinrich Bossard nennen. Er sieht noch andere Motive im Handeln des Zaren:[3] „Endlich treibt noch die elementarische Macht in Gestalt der Naturgesetze den Kaiser ohne Wollen, Eroberer südlicher Länder zu werden. Die Naturforscher, Geologen und Astronomen werden es jedermann beweisen, daß die Erde sich von der Sonne entfernt, und die Eisregionen der Pole jährlich weiter um sich greifen, die Völker dadurch naturgesetzlich nach der Mitte zur Wärme — zur Veredelung — hingedrängt werden, um solche, die als unwürdiges Unkraut den heiligen Boden des Lichtes bevölkern, durch Religion oder Schwert zu bekehren".

Ganz anders als die große Masse der Konservativen dachten natürlich die Diplomaten über den Charakter des Krieges. Von Bismarck war schon die Rede. Leopold von Gerlach sieht in der orientalischen Frage „ein starkes Element von Heuchelei, der Kaiser von Rußland tut, als verteidigte er das Christentum";[4] er ist die „fluchbeladene Fackel dieses Krieges"[5] und trägt die Schuld daran.[6] Gerlach bedauert, daß Rußland im Unrecht sei, und der Kaiser so rücksichtslos gegen seine Verbündeten handele.[7] In seinem Tagebuch findet sich der Eintrag: „Kirch-

---

[1] S. 62. [2] S. 74. [3] S. 21, vgl. S. 38 Anm. 1.
[4] D. 2, 221. [5] D. 2, 170. [6] D. 2, 250.
[7] D. 2, 164; 54.

liche Verfolgungen aus weltlichen Zwecken und, weil ohne Konviktion, viel schlimmer als die des 16. Jahrhunderts. Entschiedene Absichten auf die Türkei, die türkischen Schutzfürstentümer und Aufforderung an den König, dazu mitzuhelfen, in Rechnung auf seinen wirklichen Respekt vor dem Glauben und dem Christentum".[1] Deshalb brandmarkt er auch die russische Politik und bezeichnet sie als widerwärtig, als willkürlich gegen die Türkei.[2] Er führt das Verhalten Rußlands zurück auf die russische Arroganz, „aus Rivalität und Hochmut fangen sie den Skandal an, jetzt wo sie sich verhauen haben, wollen sie heraus".[3] „Der Kaiser hat das Versäumte nachholen wollen und ohne Veranlassung den Skandal angefangen."[4]

Auch Hugo zu Münster[5] schreibt bei Beginn der Frage, Rußland habe die ganze Sache vom Zaune gebrochen und den Großmächten gegenüber nicht eben offen und loyal gehandelt. England und Rußland trügen „gemeinschaftlich die Verantwortung, wenn daraus ein europäischer Krieg entstehe". Der Zar sei in die Sache weiter hineingegangen, als ihm lieb sei. Trotzdem Münster von der heimlichen Korrespondenz des Zaren mit Mentschikoff weiß und darüber unterrichtet ist, daß Nesselrode wie Orloff Forderungen, die über die heiligen Stätten hinausgingen, nicht gebilligt haben, schreibt er, der Kaiser sei dennoch seiner Ansicht nach „de bonne foi" in dieser ganzen Angelegenheit, er habe sich die Sache einmal so eingeredet, glaube sie nun und übersehe die ganze Tragweite derselben ebensowenig wie die augenblickliche Lage.

Augenscheinlich hat Graf Münster sich von den Beteuerungen des Zaren über seine Unschuld, die von der englischen Presse angegriffen wurde, überzeugen lassen; denn es wäre doch sonderbar, wenn Nesselrode und Orloff ihrem Herrn nicht die Folgen seiner Schritte, falls sie über die heiligen Stätten hinausgingen, klargemacht hätten. Zudem hat er sich gegen Hamilton Seymour über seine Pläne ausgesprochen.[6]

---

[1] D. 2, 164. [2] D. 2, 54; 57.
[3] D. 2, 57. [4] D. 2, 54.
[5] Für diesen Abschnitt kommt in Betracht: D. 2. 46 und D. R. 38, 2 S. 62, 63, 68.
[6] D. 2, 112. Sir Hamilton Seymour hatte dem Grafen Münster jene Unterhaltung mitgeteilt, doch konnte Münster sich nicht denken, daß sich alles so verhielte.

Stellung zu Frankreich und dem Bonapartismus, zu England und der englisch-französischen Allianz.

Mit dem gleichen Hasse, den die Liberalen Rußland und den Zaren widmen, bedenken die Konservativen Frankreich und seinen Kaiser, doch richtet sich ihre Feindschaft nicht gegen den französischen Erbfeind, sondern gegen Frankreich, „solange es gleichbedeutend mit Bonaparte und der Revolution ist".[1]

In dieser Abneigung sind sich alle gleich. Auch bei Bismarck merken wir noch eine Spur davon. Am 19. Dezember 1853 schreibt er an den General von Gerlach: „Ein Bündnis mit Frankreich können wir nicht ohne einen Grad von Gemeinheit eingehen". Im Laufe der Krisis tritt ihm jedoch dieses Gefühlsmoment vollkommen zurück hinter den notwendigen, realen Forderungen Preußens.

Am stärksten und am häufigsten ausgesprochen wird dieser Abscheu von Leopold von Gerlach, den deshalb die Augsburgische Zeitung den „inkarnierten Haß gegen das Haus Bonaparte" nennt.[2]

Man sollte annehmen, daß diese Stellung hauptsächlich durch die Erinnerung an die Jahre der Knechtschaft und Fremdherrschaft bedingt gewesen wäre, doch ist das nicht der Fall. Natürlich spielt auch jene Erinnerung eine Rolle, die Hauptsache aber sind die Prinzipien. Der Legitismus wendet sich gegen die Revolution und den Bonapartismus.

Dem Volke ist natürlich Napoleon der Feind *κατ' ἐξοχήν*. Denn es kennt nicht den Kampf der Prinzipien, sondern nur die nationale Feindschaft in der Erinnerung an die Knechtschaft und Fremdherrschaft der Gottesgeißel. In der Presse und bei den Diplomaten tritt die Erbfeindschaft in den Hintergrund. Auch Edwin von Manteuffel, der später mit Bismarck zusammen Anschluß an Frankreich wünscht, sieht in Bonaparte die Revolution.[3] Weshalb Bismarck ein Bündnis mit Frankreich nicht ohne einen Grad „von Gemeinheit" glaubt eingehen zu können, läßt sich aus der Briefstelle nicht erschließen. Ich verstehe den Ausspruch als Ausfluß des nationalen Hasses. Denn nach der Legitimität

---

[1] So schreibt Leopold von Gerlach am 6. 10. 1853 D. 2, 77.
[2] D. 2, 153.
[3] Ende Januar 1852; D. R. 38, 1 S. 192.

frug er nicht, wenigstens nicht im Jahre 1857. In seiner Denkschrift vom 2. Juni 1857[1] zeigt er, daß in ganz Europa beinahe nichts Legitimes sei, und daß der Bonapartismus, aus der Revolution hervorgegangen, sie überwunden habe. Allerdings liegt zwischen dieser Denkschrift und jenem Brief vom 19. Dezember 1853 die Erkenntnis, daß ein Anschluß an Frankreich nötig sei. Aber ich erinnere nur an seine bekannte Rede vom 17. Mai 1847, in der er die Legende zurückweist, daß das preußische Volk in die Befreiungskriege gezogen sei, um eine Verfassung zu bekommen. Ich glaube also, bei Bismarck kann man von Erbfeindschaft und naturwüchsigem Nationalhaß reden. Er hält eine Verbindung mit Frankreich für gemein in Erinnerung an 1806 und die folgenden Jahre und nicht wegen der verschiedenen französischen Revolutionen.

Daß von Erbfeindschaft nicht die Rede ist, sagt Stahl in seiner Rede vom 25. April 1855: „Wir haben keine nationale Feindschaft gegen das französische Volk, das ein moralisch und intellektuell hochbegabtes Volk, ein vorzüglicher Träger europäischer Zivilisation ist, das nicht allein seine Voltaires, sondern auch seine Fénelons aufzuweisen hat.[2] . . . Wir erkennen es mit Dank an, daß der gegenwärtige Herrscher durch Energie und Klugheit die Demokratie so niederhält, als hätte sie niemals existiert, aber nimmermehr ist der Krater der Revolution durch eine Regierung geschlossen, welche selbst rühmend verkündet, daß sie auf dem Willen des Volkes ruhe. Zweimal haben die Lavaströme von dort her auch die deutschen Throne zu verschütten gedroht, und zweimal war Rußland nicht das geringste Bollwerk, an welchem sie sich brachen. Sollen wir nun unsere Hütte an den Rand des Kraters bauen und mit eigenen Händen das schützende Bollwerk abtragen?!“

---

[1] Poschinger 4, 274 ff. Ähnlich BaG. S. 315 und 327 ff.

[2] E. K. 1855 Sp. 10 hat Sympathien für das Frankreich Fénelons, der Jansenisten und der vielen evangelischen Märtyrer. Aber im ganzen und großen sei Frankreich die konzentrierte abtrünnige Welt; der Geist Voltaires, des Unglaubens, der Frivolität und Zuchtlosigkeit sei in ihm der herrschende. Dieser Geist sei um so gefährlicher, da die Keime und Ansätze dazu auch bei uns vorhanden seien und mit allen Mitteln der Verführung aufträten. Von Rußland drohe in geistiger Beziehung keine Gefahr. Frankreich dürfe man seine Sympathien nicht widmen, weil das der sicherste Weg zur Teilnahme an seinen Grundsätzen, an seiner tiefgewurzelten Pietätlosigkeit, seinem Mangel an aller Achtung vor menschlicher und göttlicher Autorität sei.

Bei dem General von Gerlach steht, wie schon die Notiz vom 6. Oktober 1853 lehrt,[1] im Vordergrunde der Haß gegen den „miserablen Bonaparte“,[2] die „inkarnierte Revolution“,[3] das „klare Unrecht“,[4] mag er auch sonst den Kampf gegen Frankreich schlechtweg predigen. Er geht sogar so weit, zu sagen: „Die ganze Verwicklung in der orientalischen Frage kommt davon her, daß man nicht anerkennen will, daß Bonaparte auf revolutionärem Boden steht“.[5] Für ihn wie für seinen Bruder ist Napoleon III. noch schlimmer als sein Onkel, der sich wenigstens auf die „constitutions de l'empire“, d. h. auf die durch die Revolution entstandenen Rechte stützte; Napoleon III. stützt sich zwar auf die Wahl der Nation und nennt sich mit Genugtuung „l'élu de sept millions“,[6] ist aber der Gründer eines Absolutismus, wie er bis 1789 in der gesamten Christenheit unerhört war.[7]

Den Bonapartismus aber nennen die Gerlachs „ein dem alten europäischen Staatsrecht fremdes Prinzip“,[8] den „Absolutismus auf revolutionärer Basis, die schlimmste Phase der Revolution und zugleich die schlimmste Phase des Absolutismus“,[9] „das Kind aus der schändlichen Ehe des Absolutismus und des Liberalismus“.[10]

Wie gefährlich Leopold der Bonapartismus erschien, hat er wiederholt ausgesprochen:[11] „Eine Art, von dem Konstitutionalismus und der Revolution interimistisch loszukommen, ist der Bonapartismus. Derselbe läßt die gotteslästerlichen Irrlehren des revolutionären Staates stehen, betont sie sogar noch besonders, wie Gleichheit, Obrigkeit von unten (l'élu de sept millions), sucht aber in dem Cäsar, in dem Tyrannen, den Inhaber aller Volksrechte, ganz wie der Römische Imperator die Republik stehen ließ, alle obrigkeitlichen Ämter derselben aber in sich vereinigte. Es liegt

---

[1] D. 2, 77. S. o. S. 44. [2] D. 2, 58.

[3] GaB. S. 40, 230, 218; BaG. S. 347 (im Brw. S. 353 „inkorporierte Revolution“).

[4] D. 2, 92. [5] D. 2, 192.

[6] D. 2, 354; Frankreichs Regierung beruht auf dem lockeren Grunde der Volkssouveränität. E. K. 1855 Sp. 14.

[7] Krzztg. 8. 7. 1855, Johannis-Rdschau.

[8] D. 2, 353.

[9] Krzztg. Michaelis-Rdschau. 4. 10. 1854 und ebenso sein Bruder D. 2, 332.

[10] D. 2, 323. [11] D. 2, 377.

auf der Hand, daß hier eine Tyrannei der ärgsten Art sich vorbereitet, indem der Cäsar völlig schrankenlos regiert; denn Gott gegenüber hat er keine Verantwortung, er verdankt ja seine Herrschaft dem Volke, also seinem anerkannten Verdienste, aber nicht seinem Gott; dem Volke gegenüber hat er auch keine Verantwortung, er hat ja alle Rechte des Volkes absorbiert und in sich aufgenommen. In dieser Duplizität aber liegt eben das Diabolische dieses Cäsarismus oder Bonapartismus." „Der Bonapartismus ist nicht Absolutismus, nicht einmal Cäsarismus . . . für einen Bonaparte ist aber, er mag wollen oder nicht, die Revolution, d. h. die Volkssouveränität, innerlicher und bei jedem Konflikt oder Bedürfnis auch äußerlicher Rechtstitel."[1] Bonaparte ist die Revolution, und er will auch nirgends anders stehen als auf seiten der Revolution, denn er hat seine entschiedenen Vorteile[2] davon.

So ist denn Bonaparte der ärgste Feind der Christenheit; er ist Preußens eigentlicher und einziger wichtiger Gegner.[3] Da Gerlachs Prinzip der Kampf gegen die Revolution ist,[4] bekämpft er prinzipiell auch den Bonapartismus und verfolgt ihn mit aller Leidenschaft, der er fähig ist.[5] Er übersieht daher während des Krimkriegs alle Schikanen Österreichs, wenn Bismarcks und Radowitzens Haß gegen Österreich auch seinen Grund habe: „Wir können aber doch nicht voneinander lassen", Napoleon III. ist unser eigentlicher Gegner.[6] In diesem Kampf sieht er in Rußland den Bundesgenossen,[7] fürchtet aber doch die kommende russisch-französische Allianz,[8] und möchte vor allen Dingen auch ein Bündnis Preußens mit Frankreich verhindern, ohne auch später einzusehen, daß die von Bismarck empfohlene preußisch-französische Annäherung die beste Garantie gegen die russisch-französische Verständigung wäre. Ist Bona-

---

[1] GaB. S. 219.
[2] GaB. S. 211.
[3] GaB. S. 199, 44 „Der Bonapartismus ist notwendig erobernd, da ein Staat, der ein anderes Prinzip der Existenz wie die andern hat, erobern muß, um sich dieselben zu assimilieren" D. 2, 506. Die Natur der bonapartischen Herrschaft ist eine ganz andere als die anderer Regenten, daher eine mit dem Frieden Europas unverträgliche D. 2, 509. Der schwankende Thron der Napoleoniden muß durch das Schwert gestützt werden. O. Z. Nr. 81 vom 5. 4. 1854 Ltart.
[4] GaB. S. 211.
[5] D. 2, 394.
[6] GaB. S. 192, 199.
[7] D. 2, 332.
[8] D. 2, 388.

partes Existenz schon ein Unrecht,[1] so ist es noch mehr eine Allianz mit ihm; denn „jede Berührung mit dem Bonapartismus hat wie ein Mehltau vergiftet".[2]

Wie Gerlachs Stellung zu einem Bündnis Preußens mit Frankreich, ist auch die des „Volksblattes für Stadt und Land": „Freundschaft mit Frankreich — das heißt auch für Preußens innere Politik soviel als Hingabe an den demokratischen Liberalismus oder Absolutismus".[3]

„Unseren russischen Sympathien stehen wohlberechtigte englische gegenüber", sagt Ernst Ludwig von Gerlach in seiner Rede vom 8. April 1854 in der zweiten Kammer.[4] Die Konservativen haben also Sympathien für England, das Land germanischer Freiheit und germanischen Rechtes, des Evangeliums und des Protestantismus;[5] eine Freundschaft, die durch die letzte große Weltschlacht bei La-Belle-Alliance mit Blut besiegelt war.[6] „Wir hängen durch tausend Bande an England, durch Bande des Glaubens, des Wesens und der Bildung und der merkantilistischen Interessen, ja selbst durch die Bande der Politik, so lange England Alt-England bleibt."[7]

---

[1] D. 2, 342. [2] D. 2, 377; unser Verderben: D. 2, 236.

[3] Abgedruckt Krzztg. 4. 4. 1854 und D. R. 38, 2 S. 70.

[4] Auch seine Rede am 21. 3. 1855 war „Russomanie temperiert durch Anglomanie" Tgb. 21. 3. 1855.

[5] Krzztg., Oster-Rdschau. 20. 4. 1854; ähnlich E. K. 1855 Sp. 7: besonders Preußen sei als die kontinentale evangelische Großmacht durch die innigsten Bande mit England verbunden. „Nicht nach Rußland, nach England senden wir unsre Söhne, wenn wir wünschen, daß sie einen Reichtum kirchlicher Anschauungen in sich aufnehmen . . . In keinem andern Volke erblicken wir einen so bedeutenden Kern wiedergeborener Christen, in keinem andern ist die heilige Schrift so in Fleisch und Blut übergegangen." Mit keinem Lande ständen wir in einem so bedeutenden geistlichen Wechselverkehr. Von Deutschland habe England seine erste Reformation und seine zweite unter Wesley erhalten (über Wesley siehe Hauck, Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche 12 (1896), 747). Aus England erhielte der Kampf gegen den kirchenverwüstenden Rationalismus die kräftigsten Impulse, von dort hätten unsere Bibelgesellschaften ihren Ursprung genommen. In keiner Armee sei das Wort Gottes, die heilige Schrift, soweit verbreitet wie in der englischen.

[6] E. L. v. Gerlach in der zweiten Kammer 8. 4. 1854.

[7] Stahl in der ersten Kammer 25. 4. 1854.

England aber war nicht mehr das, was die Konservativen unter „Alt-England“ verstanden. Stahl sagt, es sei zum letzten Mal eine glorreiche Epoche in der Geschichte des alten Albion gewesen, als unter Georg III. sich das alte Königtum noch einmal aufrichtete, und Pitt und Burke mit klarem Bewußtsein den Kampf für die alten geheiligten Ordnungen erhoben gegen das revolutionäre[1] Frankreich; aber dasselbe England wäre nicht unschuldig gewesen an dem Feuerbrande, der 1848 die alten geheiligten Ordnungen in Europa einäscherte. Vor allem beherberge es die Flüchtlinge, die Revolutionäre und Verschwörer aus allen Ländern.[2]

Leopold von Gerlach klagt deshalb besonders über den Verfall Englands, aber auch aus seinen Klagen hört man die alten Sympathien heraus. „Das Traurigste in jetziger Zeit ist der tiefe Verfall von England. England glaubte seine alte feudale Aristokratie konservieren und dabei mit Volkssouveränität und Revolution buhlen zu können, jetzt hält es das Christentum verträglich mit einer türkischen Alliance, seine schöne mittelalterliche Freiheit mit dem Bonapartismus. Es bildet sich ein, daß es seine eigentümlich organisierte Armee mit der Bonaparteschen kann Kameradschaft machen lassen, was ebensowenig angeht, als mit derselben zusammen Krieg führen à la Bonaparte.“[3] Das meint General von Gerlach, wenn er von „dem durch Palmerston traurig verblendeten England“ spricht.[4]

Goedsche dagegen sieht in England lediglich den Feind. Für ihn ist weniger Frankreich der Hort der Revolution als vielmehr England und Amerika, besonders aber England, das Asyl für die Wühler, Flüchtlinge und Verbrecher. Englands Intrigue muß gebrochen werden, damit die Konsistenz des konservativen Europas gesichert werde.[5] Deshalb wünscht er „die Russen nach Konstantinopel!“; denn dadurch hofft er England treffen zu können.

---

[1] „Nicht die Hinrichtung des Königs, wie das oft gebrauchte Argument lautet, sondern die Eroberung Belgiens hatte England in den Krieg getrieben; nicht weil sie die Brutstätte der Anarchie und der europäischen Revolution geworden, hatte es die Republik bekämpft, sondern weil Frankreich durch sie aus der Ohnmacht der alten Zeiten zu einer Macht emporzudringen drohte, vor der das stolze Albion selbst zu zittern begann“ Max Lenz Napoleon S. 111.

[2] O. Z. Nr. 197 vom 25. 8. 1853. Ltart.

[3] D. 2, 303. [4] Ebenda 2, 392. [5] S. 79 ff.

Während die Konservativen, mit einigen Ausnahmen, den Glaubenskampf[1] Rußlands betonen, will nicht einmal die katholische Richtung Franz von Florencourts Religionsmotive der Verbündeten bemerken. Florencourt schilt die überfeinen Politiker, die glauben, daß Frankreich und England „zur Befreiung der katholischen Kirche und nebenbei auch zur Befreiung der protestantischen Glaubensgenossenschaft gegen Rußland ins Feld ziehen wollen. „Palmerston wird Euch auslachen, Louis Napoleon wird Euch vielleicht heimlich ins Ohr raunen, daß er Ähnliches in der Zukunft allerdings beabsichtige, aber es sei noch nicht an der Zeit, davon jetzt zu sprechen; und Österreich wird sicher keinen casus belli in der Unterdrückung der katholischen Kirche erblicken wollen. Und die Börse, die Industrieausstellung in München? Was würden sie dazu sagen? Nicht einen Kreuzer würden sie zu einem solchen Kriege bewilligen.“[2]

Freiherr von Bernhard ließ, wie schon erwähnt, den Zaren im Geiste eines großen, nationalen und religiösen Prinzipes handeln, das an sich keiner Rechtfertigung bedürfe, um dann fortzufahren: „England und Frankreich steht die Rechtsfrage voran, deren Beantwortung sie ohnehin in ihrem politischen Prinzip des Gleichgewichtes finden, für welche es keine Autorität im Glauben, sondern nur Berechnungen menschlicher Willkür und höchstens die Traditionen faktischer Zustände gibt, so lange oder so kurz sich dieselben etwa erhalten haben“.[3]

So wird also in den Augen der Konservativen der Krieg auf Seiten der Gegner Rußlands zu einem „Krieg der Rivalitäten der großen Mächte“.[4] England strebt, wie Bernhard hervor-

---

[1] O. Z. Nr. 55 vom 5. 3. 1854 Ltart. „Preußen und Rußland“: Die Westmächte hätten den Krieg aus Partikularinteressen begonnen, nicht zum Schutze der Zivilisation. Napoleon habe von Anfang an auf eine gewaltsame Lösung der Differenzen hingearbeitet, er habe den Krieg als das einzige Mittel angesehen, seine „sehr prekäre Stellung zu befestigen“. England sei nicht für die Interessen der Kultur und Gesittung in den Krieg gezogen, sondern „in Hoffnung auf einen mutmaßlich recht akzeptabelen Profit“. O. Z. Nr. 78 vom 1. 4. 1854 Ltart.: England von jeher von rücksichtslosester Selbstsucht, die Handelsbilanz sei der Regulator der englischen Politik; ähnlich Nr. 231 vom 1. 10. 1854 Ltart. E. K. 1855 Sp. 13.

[2] Politische Wochenschrift 1, 179/180. Das Los der Mitchristen hat England kalt gelassen. Es hat zu wenig katholischen Geist, um in ihnen seine Brüder zu erkennen. E. K. 1855 Sp. 13.

[3] Bernhard S. 8/9.

[4] Stahl am 25. 4. 1854.

hebt, nach der kommerziellen und industriellen Alleinherrschaft und spekuliert auf das wirtschaftliche Elend aller anderen. Goedsche charakterisiert[1] die Rücksichtslosigkeit der Weltpolitik der Engländer an dem Schicksal der sieben Ionischen Inseln und Korfus. Die Konservativen wußten deshalb längst, daß die englischen Interessen mit den russischen am Bosporus kollidieren mußten, und daß die Vernichtung der russischen Seemacht[2] schwer in die Wagschale falle, weil die Engländer vor allen Dingen den Zutritt Rußlands zum Mittelmeer verhindern wollten, um nicht auf ihrem Wege nach Indien gefährdet zu werden.

Weiter erkennen die Konservativen, daß die französischen und englischen Interessen sich stracks entgegenlaufen. Damit erscheint für sie auch die englisch-französische Allianz als ein ganz und gar künstliches, absolut unnatürliches, und damit nicht haltbares Gebilde.

Denn England will den kontinentalen Handel lähmen und womöglich zu Grunde richten.[3]

Aus dem Bonapartismus schlossen die Konservativen, daß Napoleon III. die Traditionen seines Oheims geerbt habe.[4] Er habe deshalb das Hauptziel der auswärtigen Politik Napoleons I., den Kampf gegen England, in sein Programm übernommen und wolle die Kontinentalsperre, an der sein Oheim gescheitert war, wieder einführen. Er wolle deshalb kein starkes, sondern ein schwaches Deutschland[5] und wünsche zu diesem Zwecke die Verbindung zu sprengen, die ihm und seiner Regierung am feindlichsten sei: die heilige Allianz.[6] Letzten Endes aber richte sich sein Handeln gegen England.

Daß die Konservativen den Antagonismus Frankreichs gegen England richtig erkannt haben, beweisen die Gespräche Napoleons mit Bismarck im Jahre 1857.

So ist also die Freundschaft Frankreichs und Englands etwas ganz Naturwidriges, das englisch-französische Bündnis deshalb ein unaufrichtiges, unhaltbares und geschichtswidriges.

---

[1] S. 12 ff. [2] Bernhard S. 20. [3] Bernhard S. 23.

[4] O. Z. Nr. 81 vom 5. 4. 1854 Ltart.

[5] Bernhard S. 26.

[6] Der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, sieht in der Frage der Anrede des kaiserlichen Parvenu den Grund des Krimkrieges; denn da habe sich Napoleon zum ersten Male eine Uneinigkeit in der heiligen Allianz gezeigt. D. 2, 353.

Napoleon wird nur solange an ihm festhalten, bis sich ihm etwas Besseres bietet, und England hat jetzt alle Ursache, die Aufmerksamkeit des eigenen Landes nach außen zu lenken.[1] Die künstliche Erhaltung der lebensunfähigen Türkei[2] ist ein Eingeständnis gegenseitigen Mißtrauens, ein bloßes momentanes Nebeneinander-, nicht Zusammengehen, eine angeblich gemeinschaftliche Politik ohne reale gemeinschaftliche Interessen.[3] „Von vornherein fehlt der Allianz Frankreichs und Englands das richtige Fundament: Vertrauen in gegenseitige Zuverlässigkeit, freundliche Beziehungen und gleiche Interessen. Haben aber nicht beide Länder das Interesse gemeinsam, Rußland nicht zu mächtig werden zu lassen? Die Türkei zu erhalten, usw.? Positiv, ja, in ihren Relationen, nein. Statt eine innige Verbindung zu bedingen, muß gerade das verschiedene Interesse, das England und Frankreich bei gleichen Forderungen im Orient haben, beide Länder weit auseinanderführen."

Wohl haben beide Staaten anfangs das Bestreben, Rußland niederzuwerfen und zu demütigen; Frankreich, um die Freundschaft der drei Ostmächte zu sprengen, England, weil es die Alleinherrschaft zur See, in Handel und Industrie erstrebt. Zum Schluß der Krisis führt sie das nämliche, anfangs gleiche Interesse weit auseinander, da Napoleon die Allianz mit Rußland wünscht und es deshalb schonen, England aber es verderben will. —

Mit klarem Blick haben die Konservativen die Beweggründe Frankreichs und Englands und den Keim des Verfalls ihrer Allianz erkannt. Dagegen ist der Blick der Liberalen verschleiert durch den Haß gegen Rußland. Auch schwärmen sie für Schutz der bedrängten Türkei, wie sie in den 20er und 30er Jahren für die Polen und Griechen geschwärmt haben.

Stellung zur Türkei.

Die Aufnahme der Rebellen und Flüchtlinge machen die Konservativen ebenso wie den Engländern auch der Türkei zum Vorwurf. Besonders verzeihen sie es ihr nicht, daß sie die

---

[1] Krzztg. 7. 2. 1854. [2] Bernhard S. 23.

[3] Krzztg. 22. 6. 1853; V. f. St. u. L.: Westmächte gegenseitig auf sich eifersüchtig 25. 2. 1854 abgedr. Krzztg. 26. 2. 1854 Kriegsschauplatz.; ähnlich GaB. S. 73 und O. Z. Nr. 68, 21. 3. 1855.

ungarischen Flüchtlinge in und nach dem Aufstande von 1849 geschützt hat.[1]

Vor allem aber sehen sie nach wie vor in der Türkei einen Barbarenstaat, der höchstens mit einem dünnen Firnis europäischer Zivilisation überzogen ist.[2] Die Armee verdient bis auf die von einem preußischen Offizier ausgebildete Artillerie keine Beachtung. Es fehlt ihr der alte Fanatismus und Mut. Selbst die früher so berühmte Kavallerie ist vernachlässigt, die Spahis können nicht einmal mehr Trab reiten, die Bewaffnung ist schlecht, und die Flotte liegt nur zur Schaustellung am goldenen Horn, einmal jährlich segelt sie aus, und regelmäßig ereignet sich dabei ein Unglück.

Nach den Erfahrungen der Geschichte erscheint den Konservativen die Türkei als der Erbfeind der Christenheit. Die Existenz des Islam beruht von Anfang an allein auf dem Gegensatz gegen das Evangelium. Zur Ausbreitung ihrer Religion und zur Verfolgung der Andersgläubigen sind die Türken durch den Koran verpflichtet. Von Anfang an erscheinen sie als das „spezifisch antichristliche Volk", als die „weltgeschichtliche Reaktion gegen das Evangelium", als die „Hauptfestung Satans".[3] Die größte Grausamkeit zeichnet ihre Kriegführung und ihre Eroberungspolitik aus. „Man muß die Menschenschinderei und Menschenschänderei anerkennen, die den Halbmond begleitet hat, solange er dem Kreuze gegenübersteht", sagt Heinrich Leo.[4] „Despotismus im Anfang, in der Mitte und bis jetzt, Despotismus und nichts als Despotismus".[5] Die ganze Geschichte der Türkei ist mit Blut geschrieben, und mit Entsetzen denken die Konservativen an das Blutbad auf der Insel Chios, dem 1822 über 20 000 Griechen beiderlei Geschlechts und jeden Alters zum Opfer gefallen waren.

So folgern die Konservativen aus der Geschichte des Islams,

---

[1] Krzztg. 17. 2. 1854 Neujahrs-Rdschau.

[2] Krzztg. 1. 4. 1853.

[3] V. f. St. u. L. 23. 9. 1854; 8. 3. 1854; 1. 11. 1854; 22. 3. 1854; 10. 6. 1854.

[4] V. f. St. u. L. 1. 4. 1854 G. M. Febr. Heinrich Leo scheint als Verkörperung des Türkenhasses gegolten zu haben. Als z. B. in der „Politischen Wochenschrift" ein Artikel voll Türkenhasse serschien (1854, 1, Heft 9, S. 303), schob man ihn Heinrich Leo zu. Erst Philipp Nathusius berichtigt dies später in der „Politischen Wochenschrift".

[5] Krzztg. 1. 6. 1855.

daß sich dieser blutrünstige Zug des Mohammedanismus nicht ändern wird.[1]

Die „Evangelische Kirchenzeitung“ aber richtet ihre Stellungnahme auch nach dem religiösen Wert des Islams.[2] Der Islam steht religiös tief unter dem Heidentum. Das Heidentum hat Sehnsucht nach Wahrheit und Verlangen nach Sündenerlösung. Die alten Heiden konnten die Wahrheit nicht wissen; denn Christus war ihnen noch nicht erschienen. Der Islam aber wendet sich bewußt von Christus ab. Er hat kein Bedürfnis nach Sündenerlösung und Versöhnung, er macht es den Mohammedanern leicht, gerecht zu werden, und schützt sie sogar gegen das Bewußtsein der Sünde, gegen Reue und Buße. Die Vollbringung leichter Formeln beruhigt das Gewissen, und läßt dem Menschen den Genuß üppiger Sinnlichkeit fast unbeschränkt frei. Durch seine stolze Selbstgerechtigkeit ist der Islam nichts als ein ausgeartetes und in seinen schlimmen Elementen verstärktes Pharisäertum. Mit dem Heidentum kann man liebendes Mitleid haben, gegen den Islam aber muß man schwere Anklage erheben.

Das „Volksblatt für Stadt und Land“[3] nennt den Koran das „Buch des Lügenpropheten“, bei Sander heißt er das „teuflische Lügenbuch“. Die „Evangelische Kirchenzeitung“ schreibt,[2] Mohammed sei kein edler Schwärmer gewesen, sondern ein Betrüger. Alles, was im Islam von Wahrheit enthalten sei, sei ganz unzweifelhaft von dem Judentum und dem Christentum herübergenommen. Mohammed warf den Schein des bereits gerichteten Heidentums von sich und nahm aus dem Christentum den Schein höherer Wahrheit. Unter dieser Hülle gab er dem natürlichen Menschen die Freiheit zu bleiben, wie er war. „Der christliche Prophet reicht dem Schwachen wohl Milch statt starker Speise; Mohammeds Lehre aber ist nicht nährende Milch, sondern berauschendes und einschläferndes Opium ... Der Islam steht trotz seines Monotheismus an der Spitze des antichristlichen Geistes“.

Weit höher als der Islam steht den Konservativen das griechische Christentum. Wenn auch geistig abgestumpft und

---

[1] V. f. St. u. L. 8. 3. 1854.

[2] Anläßlich der Besprechung eines Vortrages, den H. Abeken am 24. 2. 1854 in Berlin über „Das religiöse Leben im Islam“ gehalten hatte. E. K. 1854 Sp. 449 ff. und 457 ff.

[3] 8. 3. 1854; Sander S. 8.

verknöchert, sei es doch christlich basiert. So bedingten auch ihre christlichen Sympathien und ihre Antipathien gegen das „antichristische, gott- und menschenfeindliche Wesen“[1] des Islam zum Teil ihre russischen Sympathien.

Goedsche sieht alle Friedensschlüsse mit der Türkei nur als Waffenstillstände an und somit die Christenheit in einem dauernden Kampf mit dem Mohammedanismus. „Das christliche Europa hat nicht die geringste Verpflichtung der Duldung gegen den Islam, der einen fortwährenden Angriffskrieg gegen dasselbe unterhalten, solange ein solcher in seiner Macht stand, und hat die Berechtigung des Islams zur Herrschaft in Europa bis 1815 faktisch auch nicht anerkannt.“[2]

Wenn die Türkei jetzt noch immer in Europa besteht, so liegt das daran, daß es im Interesse der Großmächte ist. In Wirklichkeit aber ist ein Staat, der nur durch die gegenseitige Eifersucht der Großmächte bestehen kann, eine Anomalie; diese Anomalie wird aber noch größer dadurch, daß im europäischen Teil der Türkei die herrschende, und zwar brutal herrschende mohammedanische Bevölkerung zur christlichen sich verhält, etwa wie 1:4.[3]

Die Konservativen sprechen daher der Türkei jedes Recht eines Staates ab. Ja dem Türken fehlt, weil er nicht christlich ist, das Recht der Ebenbürtigkeit, er hat nur das Recht der Kreatur, das Recht zu leben, das jedes Geschöpf hat, aber er kann nicht von den Christen verlangen, daß sie ihn wie ihresgleichen behandeln. Die Türkei „muß von der Höhe der Ebenbürtigkeit herunter, die ihr unter christlichen Staaten nicht gebührt, um auf der Stufe des Schützlings sich niederzulassen; sie muß, sofern sie nicht auch ihr kreatürliches Recht verwirkt, unter Protektorat gestellt werden. Der Türke kann nach christlicher ‚Gerechtigkeit‘ nur Schutztürke sein. Nicht wegen seines Unrechts, auch nicht allein wegen seiner Religion, sondern wegen seiner Unchristlichkeit wird der Türke aus der Gleichberechtigung mit den Christen verwiesen und an den Platz der Unchristen gestellt. Das ist christliche ‚Gerechtigkeit‘.“[4]

Auch Stahl spricht für diese christliche „Gerechtigkeit“

---

[1] V. f. St. u. L. 22. 3. 1854.
[2] Goedsche S. 77.
[3] Krzztg. 5. 8. 1853. *†*.
[4] Krzztg. 9. 3. 1854. Kriegsschauplatz.

in seiner großen Rede vom 25. April 1854 im preußischen Herrenhaus: „Aber eins kann ich nicht verschweigen, das scheint mir das Ärgste ... die Türkei teilnehmen zu lassen an der europäischen Staaten-Solidarität, europäischen Staaten-Garantie ... Bis jetzt war die Garantie der Integrität und Souveränität der Türkei zum Zweck des europäischen Gleichgewichts bloß eine Rücksicht für das Verhalten der christlichen Mächte unter sich, nicht eine Zusicherung an die Türkei selbst ... so ist doch jedenfalls bis jetzt der Türke nur das Objekt, und nicht das Subjekt dieser Garantie. Nunmehr aber verlangen die Westmächte: ... Die Türkei soll in die sogenannte europäische Staatenfamilie eintreten. In Zukunft also bei einem europäischen Kongreß wird neben dem Erben des heiligen römischen Reiches, neben den allerchristlichsten und katholischen Majestäten auch der Sultan seinen Platz nehmen und zu Rat und Gericht sitzen über den öffentlichen Zustand der gesamten europäischen Christenheit. Das ist eine neue und unerhörte Stellung.[1] Es ist in der Tat das zweite und letzte Stadium in der Entchristianisierung des öffentlichen Lebens von Europa. Die französische Revolution hat den einzelnen Staat antichristianisiert, danach die Nichtchristen zu obrigkeitlichen Ämtern berufen; nunmehr aber wird der europäische Staatenverband als solcher entchristianisiert, indem das mohammedanische Reich als ebenbürtig und gleichberechtigt in denselben eintritt. Der Kampf hierfür ist wirklich ein Kampf für die Ehre des Islams oder vielmehr für die égalité und fraternité zwischen Islam und Christentum, er ist ein Kampf für die Verewigung der mohammedanischen Herrschaft über eine christliche Bevölkerung ... möge das Schwert Deutschlands nicht aus der Scheide gehen, wo es einen Kampf gilt, Europa zu einem paritätischen Reiche zwischen Mohammed und Christus zu machen."

Auch Freiherr von Bernhard steht auf dem Standpunkte Stahls. „Wenn man Staaten in der Mitte der christlich-

[1] „Eine Schmach der Christenheit und unseres Jahrhunderts. Es wäre nie dahin gekommen, wenn das wahre Wesen des Königreiches Jesu Christi und der hohe Beruf seiner Knechte, der christlichen Könige und Kaiser, von diesen nicht vergessen und verkannt worden wäre über unchristlichem Egoismus und über der aus diesem Egoismus erwachsenen Eifersucht der Staaten untereinander." Krzztg. 1. 7. 1854 Johannis-Rdschau. Vgl. E. K. 1855 Sp. 13.

europäischen Gesellschaft duldet, welche rechtlich keine Staaten sind, so wird der Grundsatz der Legitimität dadurch in seinem innersten Wesen erschüttert. Es wird Eventualitäten Raum gegeben, welche nach Maßgabe der dadurch wahrscheinlich hervortretenden Umstände der Revolution auf dem Kontinent neues Leben verleihen könnten."[1]

Stellung zur Lage der unterworfenen Christen und zum Aufstand der epirotischen Griechen.

Die traurige Lage der dem Islam unterworfenen Christen hatte sich unter den Augen der Großmächte bis ins 19. Jahrhundert hinein erhalten können, ohne daß diese die Reformen, die immer wieder versprochen waren, durchsetzten. Deshalb sind sich „die Konservativen aller Länder einig in dem Gefühl, daß gegenüber einer unchristlichen Herrschaft das gewöhnliche Staatsrecht und Völkerrecht nicht in Anwendung kommen kann, und daß es Pflicht aller christlichen Mächte ist, den Christen in der Türkei einen anderen Schutz zu verschaffen, als den papierenen Schild von Firmans und Berets".[2]

Freiherr von Bernhard sagt:[3] „Die christliche Bevölkerung ist von den Türken durch Eroberung unterworfen. Eine Eroberung soll ihre Vollendung finden in der Herstellung eines gemeinsamen Rechtszustandes unter den Siegern und Besiegten. Statt dessen hat gegen die Christen in der Türkei das Verfahren roher Vergewaltigung niemals aufgehört." Unterdrückte, nicht Untertanen nennt die „Kreuzzeitung" am 17. September 1854 die Christen.

Wie traurig überhaupt die Lage der Christen in der Türkei sei, zeigt Goedsche, der auf seiner Orientreise alle einschlägigen Fragen studiert hat. Er kommt auf die türkische Grausamkeit, wo er Stätten berührt wie Janina, Cardiki, Prevesa und nachher Chios, und schreibt über die Lage der Christen:[4] „70 Millionen Christen genießen in der Türkei weder politische noch moralische Rechte; sie sind bewiesenermaßen seit Jahrhunderten der Will-

---

[1] S. 18. Desgleichen Leopold von Gerlach; er sieht in der Sache der Türkei die Sache der Revolution D. 2, 92.

[2] Krzztg. 11. 8. 1853 R*. [3] Bernhard S. 4/5.

[4] Goedsche S. 70.

kür, der Unterdrückung und jeder Mißhandlung ausgesetzt; sie dürfen kein öffentliches Amt bekleiden, ihr einfaches Zeugnis ist ungültig vor Gericht, wenn es einen Muselmann betrifft; sie sollen kein Grundeigentum erwerben, sie müssen die entehrendsten Steuern zahlen und durch ihren Fleiß den Unterdrücker mästen, die christlichen Kirchen dürfen nicht einmal den Schmuck der Türme führen". Und an anderer Stelle:[1] „Recht hat der Christ nur in Konstantinopel unter den Augen der Gesandten, sonst überall der nichtswürdigste Druck, Knechtschaft und Barbarei, ein stiller Kampf der Bevölkerung gegen diese hat nie geruht". Philipp Nathusius[2] meint daher: „Die christlichen Völker, die von den Türken unterjocht sind, sind nicht verbunden, ihnen zu gehorchen, vielmehr verpflichtet, so viel an ihnen ist, im Kriegszustande gegen ihre Unterdrücker zu sein". Er bestreitet also den Türken die „Obrigkeit" über die Christen.

Die Konservativen stehen mit ihren Sympathien entschieden auf Seite der griechischen Christen. So schreibt Bernhard: „Die Verpflichtung aller christlichen Mächte, den Christen in der Türkei jene Stellung zu erringen ist heiliger, als eine Verpflichtung, für den Fortbestand der Pforte zu sorgen, irgend sein kann".[3] Und die „Politische Wochenschrift" erklärt:[4] die Türken bildeten die Hauptfestung Satans, ihre Herrschaft zerstören, sei ein Gott wohlgefälliges Werk, die Integrität der Türkei erhalten wollen, grenze an Gotteslästerung.

Es ist selbstverständlich, daß die Konservativen die Parteinahme der Westmächte tadeln,[5] sie sehen darin das subjektive Christentum gegenüber der geschichtlich-kirchlichen Gesinnung.[6] Ebensowenig wie ein Bündnis mit Frankreich kommt für sie das mit dem Halbmond in Betracht. Das „Volksblatt für Stadt und Land" spricht das aus: „Freundschaft mit Frankreich — das heißt auch für Preußens innere Politik soviel als Hingabe an den demokratischen Liberalismus oder Absolutismus —; betende und kämpfende Hände für die von Türken mißhandelten Christen

---

[1] Goedsche S. 36. [2] V. f. St. u. L. 1. 11. 1854. [3] Bernhard S. 6.

[4] Politische Wochenschrift 1854, 1, Heft 9 S. 303.

[5] E. K. 1855 Sp. 11 erklärt es als eine Schande, daß sich Christen mit Türken gegen Christen verbinden.

[6] V. f. St. u. L. 22. 3. 1854, auch abgedruckt Krzztg. 29. 3. 1854 und 20. 4. 1854 Oster-Rdschau. Heinrich Leo in seinem burschikosen Ton V. f. St. u. L. 1. 3. 1854.

— das heißt Anerkennung ewiger Wahrheit und ewigen Rechts, heißt Gottesfurcht, heißt Christentum. Liebäugeln mit den Türken, das heißt: Auflösung der Kirche; Religionsmengerei und Indifferentismus, mag es sich auch in noch so schöne Kostüme kleiden, heißt: Antichristentum und christlicher Subjektivismus und Liberalismus im Bunde.“[1]

Die Ansichten der Konservativen über die Befreiungsversuche der Griechen haben sich also gewandelt. Während ihres großen Freiheitskrieges in den 20er Jahren des Jahrhunderts hatten die Griechen nur die Zuneigungen der Liberalen für sich. Metternich und die Konservativen standen abseits und sahen den griechischen Aufstand als Ausbruch revolutionärer Ideen sehr ungern. Für Leopold von Gerlach waren 1828 die Griechen Jakobiner und die Verbündeten der Liberalen.[2]

Seit 25 Jahren aber hatte sich das Blatt gewendet. Die damaligen Paten des neuen griechischen Reiches, die Liberalen, Frankreich und England standen jetzt auf seiten der Türken, bekämpften die griechischen Bewegungen und verboten in Athen, daß man sie unterstütze. Dagegen standen die Konservativen mit ihren Sympathien, weil sie die griechischen Christen, nicht als Untertanen, sondern als Unterdrückte ansahen, auf der Seite des griechischen Aufstandes. Zwar sagt Stahl,[3] daß man die türkischen Untertanen nicht zum Aufstande verleiten dürfe, doch hält er es absolut nicht für die Pflicht der europäischen Mächte, die Herrschaft der Muselmänner über die Christen künstlich zu stützen, und die griechischen Christen, die sich dem mattgewordenen Eroberer zu entwinden suchen, wieder unter ihn zu beugen.

Einige Stimmen sind dem griechischen Aufstande als einer Erhebung gegen die Obrigkeit von Gottes Gnaden nicht freundlich.[4] Der *†*-Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ schreibt am

---

[1] Zitat in der Krztg. v. 4. 4. 1854.

[2] D. 1, 33 und 36.

[3] Am 25. April 1854 in der ersten Kammer.

[4] E. K. 23. 12. 1854 Sp. 1024 ist eine „Bitte an den Herausgeber der E. K. abgedruckt. E. K. solle sich gegen das „Volksblatt für Stadt und Land“ wenden, das im entschiedenen Gegensatz zu Röm. 13, 1 ff. stünde und die dem Sultan unterworfenen Griechen nicht nur bei ihrer Empörung in Schutz nähme, sondern direkt zur Empörung auffordere, ja ihnen dieselbe zu einer heiligen Pflicht mache. Vgl. V. f. St. u. L. 1. 11. 1854, s. Anm. 1.

30. Juni 1854:[1] „Wir schwärmten zu jener Zeit keineswegs für die Hellenen, mißbilligten vielmehr ihr Unternehmen nach dem alten Grundsatz: la rebellion n'est jamais permise. Auch über die jetzige Schilderhebung konnten wir uns nicht freuen, ungeachtet des innigen Wunsches, das so vielen Christen aufgelegte Joch der Ungläubigen endlich gebrochen zu sehen". Sollten auch „russische Umtriebe" mit im Spiel sein,[2] so wären es sicher subalterne Bestrebungen. Daß der Zar mit im Spiel ist, nimmt der Artikelschreiber nicht an, weil dieser dadurch sein ganzes bisheriges Leben verleugnen würde. „Wenn die griechische Regierung daran betätigt ist, so kompromittiert sie sich arg."

Sonst stehen die Konservativen der griechischen Freiheitsbewegung sympathisch gegenüber und sind der Ansicht, daß in diesem Falle der Ausdruck Rebellion nicht paßt. Ein Verstoß gegen das Völkerrecht liege ebensowenig vor wie bei den Kämpfen in Ungarn gegen die Türken und 1492 in Spanien gegen die Araber.[3] „Der Rechtsbegriff der Insurrektion dürfte nur eine beschränkte Anwendung finden; denn Untertanen, welche keine Rechte, sondern nur Pflichten haben sollen, können sich nicht als Untertanen, sondern nur als unglückliche Sklaven betrachten."[4] Auch Freiherr von Bernhard ist derselben Ansicht. Die Eroberung hätte ihre Vollendung finden sollen durch Herstellung eines gemeinsamen Rechtszustandes unter Siegern und Besiegten, statt dessen habe in der Türkei das Verfahren roher Vergewaltigung gegen die Christen niemals aufgehört und der Kriegszustand nie seinen Abschluß erhalten. „Hierauf beruht die Rechtmäßigkeit des griechischen Aufstandes, in Folge dessen das Königreich Griechenland begründet wurde."[5]

---

[1] Kriegsschauplatz.

[2] Heinrich v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. 2, 175.

[3] Goedsche S. 76.

[4] Krzztg. 29. 4. 1854.

[5] Frhr. v. Bernhard S. 4. Ähnliche Ansichten wie Krzztg. und Frhr. v. Bernhard entwickelt auch E. K. 1854 Sp. 1024—1026 als Antwort auf die Zuschrift von Sp. 1024, s. o. S. 59 Anm. 4. Röm. 13, 1 könne nicht angewendet werden, der Apostel Paulus habe nicht im Sinne von Matth. 5, 39 ermahnt, die Obrigkeit solle eine heilsame Ordnung Gottes sein; dem türkischen Reich käme nur eine „Quasilegitimität" zu; denn die Türken hätten nichts dazu getan, die ungerechte Usurpation, durch die sie zur Herrschaft gelangt seien, in eine legitime Herrschaft zu verwandeln. Die Türkei betrachte die „Christenhunde" nur als Mittel zum Zweck, nicht als Inhaber von Rechten,

Ganz besonders aber jubeln das „Volksblatt für Stadt und Land“ und Heinrich Leo dem griechischen Aufstande zu. „Auf, ihr Söhne der Hellenen, denn der Ehre Tag ist da!“ überschreibt das Volksblatt einen langen Artikel.[1] „Und wie stehen wir zu diesem griechischen Aufstande? Gott sei Dank, wir dürfen mit vollem, ungeteiltem Herzen dafür Partei ergreifen, wir dürfen ja, ja wir müssen als Christen — wenn wir ihnen keine andere Hilfe leisten können — wenigstens unsere heißen Gebete für sein Gelingen emporschicken zum Herrn der Heerscharen. Hier ist keine Revolution, hier ist heiliges Recht aus Gott, das erste und ursprünglichste aller Menschenrechte, das Recht der Notwehr, Leibes und Lebens gegen nichtswürdige Vergewaltigung. Es ist ein Kampf des Glaubens, es ist ein Kampf für die besten Güter der Menschen, nicht für Sicherheit, Eigentum, Ehre und Freiheit allein, sondern für Menschenwürde, für christliche Sitte, für ewiges Recht. Es ist ein Aufstand wider eine ‚Regierung‘, die eben nur in der trügerischen Sprache der modernen Diplomatie eine Regierung genannt wird, die weder vor Gott, noch vor dem unterjochten Volke eine Regierung ist, die gegen dasselbe nicht eine Pflicht einer Regierung erfüllt hat und erfüllt. Es ist der Kampf eines seit 400 Jahren von seinem grausamen Erbfeinde in der Unterdrückung der Eroberung gehaltenen Volkes, dem keine Zusage, kein Vertrag, keine Art von Treue und Glauben gehalten worden, eines Volkes, das ein 400jähriges Martyrium bestanden hat; denn nur eines bedurfte es für jeden Griechen, um aus der Reihe der rechtlosen Mißhandelten in die Reihe der jeden Rechts überhobenen Peiniger einzutreten — nur das eine: Christum zu verleugnen. Es ist ein Kampf ungleich

nicht als Gegenstand von Pflichten. Zudem habe sie zum großen Teil auf die Stellung einer Obrigkeit verzichtet, indem sie den Untertanen ihre eigene Rechtsprechung und z. T. ihre eigene Verwaltung gelassen habe, und einzig und allein damit zufrieden gewesen wäre, ihren Vorteil von ihnen zu ziehen. Einige wahrhaft obrigkeitliche Züge ließen sich ja immerhin nachweisen. Darum dürfe eine Erhebung gegen das türkische Regiment nicht auf eigene Hand, sondern nur auf Grund klarer Fingerzeige von oben geschehen, auf Grund von Verhältnissen, wie sie unter uns z. B. in den Freiheitskriegen stattgefunden hätten. Die früheren vereinzelten Schilderhebungen hätten bedeutende sittliche Bedenken gegen sich gehabt. Ob es bei den Griechen jetzt der Fall sei, könne man nicht entscheiden. Der rechte Segen bei einer solchen Unternehmung sei nur zu hoffen, wenn zugleich der Geist der Buße zu Gott durch ein Volk hindurch gehe.

[1] V. f. St. u. L. 8. 3. 1854; desgl. 22. 4. 1854. G. M. März.

gerechter und unbedenklicher in jeder Beziehung, als es unsere Freiheitskämpfe von 1813 gewesen sind."

Das klingt freilich anders, als man es aus der Zeit Metternichs von nichtliberaler Seite gewöhnt war. Mit Stolz schrieb deshalb Ernst Ludwig von Gerlach:[1] „In den 1820er Jahren waren die damals überall kühn vordringenden Liberalen für die Griechen und wider die Türken, die Konservativen aber, welche damals negativ waren und zurückwichen, höchstens reprimierten, wider die Griechen und für die Türken. Der Fortschritt von damals zu jetzt bezeichnet auf erfreuliche Weise den frischen und positiven Charakter der heutigen Reaktion im Gegensatz zu der matten defensiven Haltung des damaligen Konservativismus."

Mit diesen Anschauungen und mit diesen Vorurteilen, mit diesen Zu- und Abneigungen treten die Konservativen an die orientalische Frage heran.

Wir sahen bei ihnen Sympathien für Rußland und Österreich, Bewunderung und Verehrung für den Zaren und Sympathien für die unterdrückten Griechenvölker, aber auch für „Alt"-England; daneben Haß gegen alle als liberal und revolutionär erscheinenden Strömungen, Haß gegen Bonaparte und den Halbmond.

Freudig begrüßten die Konservativen den Aufstand der Griechenvölker, aber den Krimkrieg sehen sie nicht mit freundlichen Augen an, im Gegenteil, sie verwerfen ihn und verurteilen ihn wegen seines Widersinns und seiner Unlauterkeit.[2] Das „Volksblatt für Stadt und Land" nennt ihn einen ruchlosen Krieg,[3] ein Kind der Revolution.[4]

Sehr erklärlich ist der Haß gegen den Krimkrieg, wenn man bedenkt, daß die Konservativen durch ihn die christliche Weltordnung bedroht sahen. Es geht in diesem Kriege ums Ganze, um Christentum, um Weltanschauung und Staatsverfassung. Das erklärt die Leidenschaftlichkeit der Parteien, es ist für sie ein „Kampf der Prinzipien", „ein Parteikampf in kollossalen Dimensionen".[5] Die „Kreuzzeitung" drückt das mit den Worten aus:[6] „Nicht der

---

[1] Krzztg. 17. 2. 1854 Neujahrs-Rdschau 1854.

[2] Krzztg. 1. 4. 1856 Stadt. [3] V. f. St. u. L. 20. 6. 1855.

[4] V. f. St. u. L. 3. 1. 1855; O. Z. Nr. 259 vom 3. 11. 1854 Ltart.: Orientalischer Konflikt, seinem innersten Wesen nach entschieden revolutionären Charakters; Nr. 228 vom 28. 9. 1854 Ltart.: handelt sich um Aufrechterhaltung oder um den Sturz des monarchischen Prinzips gegenüber dem der Republik.

[5] V. f. St. u. L. 6. 4. 1854. [6] 4. 2. 1854 Ausland.

russische Kaiser und der Großsultan, nicht das ‚heilige Rußland' und die mit Christenblut getränkte Fahne des Propheten; nicht der nordische Koloß und die halb zornige, halb verlegene sogenannte Quadrupel-Allianz, nicht Fortschritt und Reaktion, nicht Freiheit und Knechtschaft und was wir sonst noch anführen könnten, sind die letzten Gegensätze, welche die Tiefe der orientalischen Frage erschöpfen. Mag man das europäische Gleichgewicht noch so hoch veranschlagen; mag man die Interessen der Türkei als auf das Tiefste gefährdet betrachten; mag man hier das formelle, dort das materielle Recht als verletzt bezeichnen und erweisen: es wird doch selbst dem oberflächlichsten und befangensten Beschauer nicht entgehen, daß es nicht diese Gegensätze einzeln und an sich sind, welche der orientalischen Frage jene geheimnisvolle Bedeutung verleihen, sondern daß es der Gesamtzustand des alten Europa ist, welcher wie ein politischer Brand auch die kleinste Wunde zu einer lebensgefährlichen macht und den kleinsten Konflikt, in der Summe der Gegensätze, welche sich derselben bemächtigen, je länger desto mehr zu einem europäischen ausdehnt. Hierin und hierin allein ist auch das Geheimnis beschlossen und erschlossen, daß und warum jeder Staat dem Zusammenstoß mit Bangen entgegensieht und doch außerstande ist, sich dem Drange zu entziehen, der ihm von Innen und Außen der Erfüllung seines Verhängnisses entgegentreibt."

Heinrich Leo und Sander schweifen in ihren Betrachtungen noch weiter aus. „Diese orientalische Frage — schreibt Leo — ist doch ein rechter Prüfstein des Glaubens und der Gewissen, und sieht sie ganz danach aus, als sollte sie den Anlaß bieten des letzten Weltkampfes zwischen Christ und Antichrist." Ähnlich denkt Sander, auch er spricht von den letzten großen Katastrophen[1] vor der Wiederkunft Christi.

Wenn diese beiden auch über die Ansichten der Masse der Konservativen hinausgehen, so zeigt uns ihre Auffassung doch, für wie ernst und für wie hochbedeutend sie den Kampf, andererseits aber auch für wie groß und unüberbrückbar sie die Kluft zwischen den Parteien hielten; das erklärt uns noch mehr das oben erwähnte Wort Heinrich Heines: „Es gibt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien".

[1] V. f. St. u. L. 1. 4. 1854 G. M. Febr.; Sander S. 10; 2. Petr. 3, 10.

Inhaltsübersicht der Kapitel 4—7.

Die Konservativen verlangen: Preußen solle während der orientalischen Krise eine seiner als Großmacht entsprechende selbstbewußte Neutralität beobachten. Preußen soll ohne Feindschaft gegen die Westmächte das alte Verhältnis zu Rußland aufrecht erhalten und sich nicht für fremde Interessen aufopfern. Nur wenn es das eigene Interesse verlangt, soll es zu den Waffen greifen.

Die Aufgabe Preußens soll es sein, den Frieden zu erhalten und zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Nach Ausbruch des Krieges habe Preußen die Pflicht, zu verhindern, daß der Krieg weiter um sich greife oder gar in das Gebiet der heiligen Allianz hinüberspiele. Im Vertrauen auf seine Militärmacht soll Preußen sich durch keinen Neutralitätsvertrag binden, vielmehr ein gebieterisches Friedensprogramm aufstellen und dieses, wenn es sein muß, mit den Waffen geltend machen. Eine „Isolierung" oder Drohungen der Westmächte habe Preußen nicht zu fürchten. Die Konservativen wünschen den engen Zusammenschluß der neutralen Mächte und vor allem die Verlängerung des Dresdener Bündnisses mit gegenseitiger Garantie des Besitzstandes, um Österreichs Anschluß an die Westmächte zu verhindern. Preußen solle aber das Recht haben, über den Beginn der Feindseligkeiten selbständig mitzureden.

Den am 20. April 1854 abgeschlossenen Vertrag mit Österreich, sahen Bismarck, Gerlach und die übrigen konservativen Diplomaten als eine verlorene Schlacht an. In der Presse wird er als ein weiser Schritt der Regierung angesehen und die Einigkeit Preußens und Österreichs betont. Erst mit dem September 1854 merkt man auf kurze Zeit eine wesentliche Erkältung ihrer Freundschaft für Österreich. Den Beitritt Preußens zum Bündnis vom 2. Dezember 1854 verwerfen die Konservativen ebenso wie eine Mobilmachung der Bundesarmee für die Interessen Österreichs.

Bei Bismarck, Gerlach und Edwin von Manteuffel steht 1855 die Haltung Preußens zu einer französisch-russischen Allianz im Vordergrunde des Interesses. Bismarck wünschte eine Annäherung Preußens an Frankreich, um dadurch die russisch-französische Entente zu verhindern. Bestimmt wurde er hierzu vornehmlich durch die preußenfeindliche Haltung Österreichs. Ihm stimmt von den Konservativen Edwin von Manteuffel bei. Leopold von Gerlach dagegen ist grundsätzlich gegen eine Allianz mit Bonaparte und empfiehlt wie auch die anderen Konservativen gegen Ende des Krimkrieges den Wiederaufbau der heiligen Allianz. Er kommt aus Furcht vor der kommenden russisch-französischen Allianz dazu, einem Anschluß Preußens an Rußland das Wort zu reden, da er der Meinung ist, daß Rußland die verhaßte Allianz mit Bonaparte nur eingeht, wenn es in ernstlicher Not ist. Während des Krimkrieges entwickelt sich der Gegensatz Bismarcks und Gerlachs, der sich dann im Maibriefwechsel von 1857 wiederspiegelt.

Die Gebrüder Gerlach und Bismarck sind der Ansicht, daß Preußen sich nicht ängstlich um die Zulassung zu den Konferenzen bewerben solle; sie sind der Meinung, daß es hinzugezogen werden müsse.

Über die Regelung der orientalischen Frage sind die Konservativen sich soweit einig, daß die Lage der Christen in der Türkei gebessert werden müsse. Über die Art und Weise, wie eine Änderung vor sich gehen solle, sind ihre Meinungen geteilt und nicht geklärt. Allgemein begrüßen sie in der Presse den Friedensschluß und freuen sich, daß Preußen vor den großen Opfern blutiger und kostspieliger Kriegführung bewahrt worden ist.

Lebenslauf.

Ich, Heinrich Arnold Kunau, Sohn des Justizrats Friedrich Wilhelm Kunau in Öbisfelde (Bez. Magdeburg), evangelischen Bekenntnisses, bin am 11. Dez. 1889 in Schmiedeberg (Kr. Wittenberg) geboren. Ich besuchte die Bürgerschule in Öbisfelde Ost. 1896—1900, Ost. 1900—1906 das Gymnasium in Stendal, seit Ost. 1906 das Herzogliche Wilhelmgymnasium in Braunschweig, das ich Ostern 1909 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Ich studierte seitdem Geschichte, Theologie und deutsche Philologie in Straßburg, Berlin, Marburg und Halle. Meine Lehrer waren die Herren Prof. Dr. Baesecke, Breslau, Busch, Feine, Fester, Ficker (Joh.), Fries, Holtzmann, Kattenbusch, Krueger, Lehmann-Haupt, Loofs, Menzer, Meyer (Rich. M.), Ranke, Roediger, Roethe, Schultz, Spitta, Strauch, Uphues, Vogt, Wiegand, Wrede.

Anregungen zu meiner Arbeit habe ich von Herrn Prof. Busch empfangen. Herr Geheimrat Fester war mir bei der Formulierung des Themas behilflich und hat die Ausarbeitung beeinflußt. Beiden Herren bin ich zu großem Dank verpflichtet.

Das Examen rigorosum bestand ich am 9. Februar 1914.

Meiner Militärpflicht genügte ich in Straßburg beim 4. Unter-Elsässischen Inf.-Reg. Nr. 143, die Übungen A und B leistete ich in Magdeburg beim Inf.-Reg. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26 ab.